

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 18. Dezember 1958

Blatt 2647

Geehrte Redaktion!

=====

18. Dezember (RK) Vor wenigen Wochen hat der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller anlässlich einer Presseführung auf dem Südtiroler Platz versprochen, daß noch vor Weihnachten der Fahrzeugverkehr von Favoriten in Richtung zur Stadt möglich sein wird. Dieser knapp gesetzte Termin für die Fertigstellung des Daches des großen Verkehrsbauwerkes kann nun tatsächlich eingehalten werden. Montag, den 22. Dezember, um 10.30 Uhr, wird Stadtrat Heller Ecke Landgutgasse und Favoritenstraße und hierauf auch Ecke Landgutgasse und Laxenburger Straße die Sperrkreuze von der Fahrbahn wegräumen und damit symbolisch das "Kreuz im Süden" in der Richtung zur Stadt freigeben.

Treffpunkt: Montag, 22. Dezember, 10.30 Uhr, Ecke Landgutgasse und Favoritenstraße (das ist, vom Südtiroler Platz gesehen, ein kleines Stück außerhalb des Bahndurchlasses, also auf der Favoritner Seite).

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter ihrer Redaktion zu entsenden.

Ein reich gedeckter Weihnachtstisch
=====

18. Dezember (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, ist auch heuer der Lebensmittelmarkt für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage reichlich beschickt.

So werden über 320 Tonnen inländische Süßwasserfische (zumeist Karpfen, aber auch Schleien) und 20 Tonnen Hechte, Welse und Zander aus Jugoslawien, Polen und der CSR zur Verfügung stehen. Ferner ist der Markt mit rund 650 Tonnen Seefischen (Kabeljau, Rotbarsch, Kabeljaufilet, Rotbarschfilet sowie Seelachsfilet) beliefert. Daneben gibt es noch 10 Tonnen Sortenfische, wie Angler, Schollen, Steinbutt, Makrelen usw.

Auch der Geflügel-Markt weist eine reichliche Beschickung auf. Es sind für die Feiertage noch 32 Waggons Gänse, 20 Waggons Enten und 15 Waggons Truthühner lagernd. Hiezu kommt ein überreichliches Angebot an inländischen Junghühnern.

Dem zu den Feiertagen zweifellos erhöhten Eierbedarf steht eine stabile Marktlage, ergänzt durch holländische und israelische Eier-Importe, bedarfdeckend gegenüber, so daß auch die bisher notierten Preise keine wesentliche Veränderung erfahren dürften.

Bei Schweine-, Rind- und Kalbfleisch ist gleichfalls eine gute Anlieferung zu verzeichnen.

Mit Äpfeln und Birnen ist Wien heuer ebenfalls reichlich beschickt. Auch die reichlichen Importe von Orangen und Mandarinen aus Italien, Spanien und Griechenland stellen bei verhältnismäßig günstigen Preisen eine wertvolle Ergänzung des heimischen Obstmarktes dar. Mit den vorhandenen Quantitäten an Bananen kann man ebenfalls zufrieden sein.

Auch die Gemüseaufbringung ist voll gesichert. Alle zeitbedingten Gemüsesorten sind in bedarfdeckenden Mengen vorhanden. Dem zu den Feiertagen erfahrungsgemäß gesteigerten Bedarf an Salatgemüsen wie Häuptelsalat usw. tragen Importe aus Italien, Frankreich und Spanien Rechnung, so daß auch auf diesem Sektor kein Mangel herrschen wird.

Das Hauptgeschäft auf dem Lebensmittelmarkt ist wohl erst in den letzten Tagen vor Weihnachten zu erwarten, doch kann heute schon gesagt werden, daß alle Vorkehrungen getroffen wurden, um den Wünschen der Wiener Hausfrauen vollauf gerecht zu werden.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß es nicht zu Preiserhöhungen gekommen ist, und daß im Gegenteil leichte Verbilligungen vor allem auf dem Geflügel- und Obstsektor eingetreten sind.

- - -

Friedrich Ohmann zum Gedenken

=====

18. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Architekten Friedrich Ohmann. In Wien geboren, absolvierte er die Studien an der Technischen Hochschule bei Heinrich Ferstel und Otto König, an der Akademie bei Friedrich Schmidt und wirkte dann als Professor an der Wiener Staatsgewerbeschule sowie an der Prager Kunstgewerbeschule. 1899 wurde er als Leiter des Hofburgbaues nach Wien berufen, 1904 erhielt er neben Otto Wagner eine zweite Meisterschule für Architektur an der Akademie der bildenden Künste. In Wien leitete Ohmann bis 1907 den Ausbau der neuen Hofburg und die Bauten der Wienflußregulierung im Stadtpark. Andere Arbeiten von ihm sind u.a. der Umbau des Palais Kranz in der Prinz Eugen Straße und des Geschäftshauses Zwieback in der Kärntner Straße, das Elisabeth-Denkmal im Volksgarten (gemeinsam mit dem Bildhauer Hans Bitterlich). Im Ausland schuf er das Museum für Kunst und Gewerbe in Magdeburg, die Schloßbrunnen-Kollonade in Karlsbad, das Kurhaus in Meran und das Museum in Spalato. Weiters stammen städtebauliche Entwürfe für Prag, Salzburg und Wien von ihm.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener RathausGeschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten

18. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Sigmund (SPÖ) setzte heute früh der Wiener Gemeinderat die Beratungen über den Voranschlag 1959 der Bundeshauptstadt Wien mit der Behandlung der Gruppe VI, Bauangelegenheiten, fort. Vorher wurden ohne Debatte einige restliche Punkte der Tagesordnung genehmigt.

Stadtrat Heller (SPÖ) erstattete dann sein Referat. Zu Beginn seiner Ausführungen gedachte der Referent seines Vorgängers Stadtrat Thaller. (Allgemeiner Beifall.) Seine positiven Leistungen, die er gemeinsam mit einem Stab von ausgezeichneten Mitarbeitern im Stadtbauamt zum Wohle unserer Stadt erbracht hat, sind in allen Teilen Wiens spürbar und sprechen für sich selbst. Stadtrat Heller betonte, er sage das nicht, wie in der Presse behauptet wurde, mit der ergebenen Begeisterung des Jungen seinen älteren Vorgänger gegenüber, sondern aus ehrlicher Überzeugung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Wiederaufbau unserer Stadt im wesentlichen abgeschlossen ist und daß sich schon in den vergangenen Jahren in baulicher Hinsicht eine Entwicklung anbahnte, die unserer Wiener Stadt neuen Glanz und neues Ansehen verliehen hat.

Im abgelaufenen Verwaltungsjahr haben wir wieder einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die entgegen anderslautenden Berichten bedauerlicherweise noch immer besteht, geleistet. Mehr als 5.000 Wohnungen wird das Wiener Stadtbauamt bis zum Jahresende fertigstellen und dem Wohnungsamt zur Besiedlung übergeben.

Erfreulicherweise war es im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1958 möglich, einige bedeutende Verbesserungen vorzunehmen. So wurde vor allem die Durchschnittswohnungsgröße von rund 49 auf ungefähr 54 Quadratmetern hinaufgesetzt. Die neuen Wohnungstypen haben größere Wohnräume; auch das Badezimmer und der Vorraum wurden vergrößert. Ebenso sind in den Wohnungen wieder Abstellräume vorgesehen. Die Badezimmer haben eine direkte Belüftung er-

halten. Durch die Verbreiterung des Vorraumes wird die Unterbringung von Garderobeschränken ermöglicht.

Die Wohnungen werden außerdem besser ausgestattet, und zwar erhalten nunmehr die Wohn- und Schlafräume Parkettböden, die Küche, der Baderaum und das Klosett einen Terrazzo- und das Vorzimmer einen Linol- oder Kunststoffbelag. Das Badezimmer, das in Hinkunft bis zu einer Höhe von 1.65 Metern verfliesst wird, erhält eine Einbauwanne und in der Küche werden die Wände im Bereiche der sogenannten Naßeinheit ebenfalls mit wasserabweisenden Materialien verkleidet. Der Aufzug, der bisher in einem gemauerten Schacht gegenüber der Stiege untergebracht war, wird in Hinkunft in den Spindelraum der entsprechend verbreiterten Stiege verlegt werden.

160 freischaffende Architekten und vier Architekten der Magistratsabteilung 19 waren im Jahre 1958 mit der Planung von insgesamt 78 Projekten befaßt.

Neben dem kommunalen Wohnungsbau haben wir auch im abgelaufenen Jahre mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einige kriegszerstörte Objekte mit insgesamt 405 Wohnungen wiederhergestellt. Derzeit liegen beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds noch 1.632 Darlehensanträge für eine Darlehenssumme von 3.4 Milliarden Schilling, davon sind 19 Darlehensanträge für eine Darlehenssumme von rund 100 Millionen für gemeindeeigene Objekte. Insgesamt sind derzeit für ganz Österreich noch Darlehensanträge für 4.7 Milliarden Schilling unerledigt beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, davon werden rund drei Milliarden Schilling allein für Wien benötigt. Obwohl der Anteil Wiens an den vorhandenen Totalschäden rund 65.6 Prozent, bei den Teilschäden sogar 78 Prozent beträgt, werden nach den Richtlinien des Fonds derzeit nur 58 Prozent der vorhandenen Mittel für die Bundeshauptstadt verwendet. Er glaube daher, daß eine Änderung des seinerzeit festgelegten Aufteilungsschlüssels unbedingt notwendig ist.

Außerdem hat das Stadtbauamt in abgelaufenen Jahr mit Hilfe der Wohnbauförderung 1.080 Wohnungen hergestellt, 661 Wohnungen sind derzeit noch im Bau.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Stadt Wien auch in diesem Jahre auf eine Finanzierungshilfe auf dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zu Gunsten der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen verzichtet.

Auch im Jahre 1959 werden wir den kommunalen sozialen Wohnungsbau fortsetzen. Rund 493 Millionen Schilling sind für diesen Zweck im Voranschlag für das nächste Jahr vorgesehen. Damit werden wir rund 4.000 Wohnungen fertigstellen und ungefähr 4.000 Wohnungen neu zu bauen beginnen.

Das nächstjährige Wohnbauprogramm soll in struktureller Hinsicht insofern eine Veränderung erfahren als wir versuchen wollen, die Bautätigkeit auf größere zusammenhängende Flächen zu konzentrieren. Ich hoffe, daß wir dadurch noch wirtschaftlicher, noch zweckmäßiger und noch schöner bauen können.

Um dem immer wieder geäußerten Wunsche, den Architekten mehr Freizügigkeit zu gewähren entgegenzukommen, habe ich die Absicht, im kommenden Bauprogramm einige Wohnbauten ohne Bindung an irgendwelche Normen planen und bauen zu lassen. (Allgemeiner Beifall). Den Architekten sollen nur die Wohnungsanzahl und die maximalen Baukosten vorgeschrieben werden.

Es besteht natürlich auch die Absicht, die begonnenen Assanierungsvorhaben weiterzuführen und durch verschiedene Maßnahmen weitere Gebiete für die Assanierung vorzubereiten. Eines muß allerdings mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Der Raum für die Durchführung unserer baulichen Absichten wird immer kleiner. Mit den noch zur Verfügung stehenden Liegenschaften wird eine unverschämte Spekulation getrieben. Jedes Bekanntwerden von Bauabsichten in irgendwelchen Gebieten unserer Stadt, jede weitere Förderungsmaßnahme führt zu sofortigen Spekulationskäufen, die eine schwere Schädigung für die gesamte Stadt bedeuten. Wir werden daher auf die Dauer nicht ohne ein geeignetes Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetz das Auslangen finden können. Es wäre eine wichtige Aufgabe des hohen Gemeinderates, mit aller Energie für die endliche Verabschiedung dieser beiden im Entwurf bereits seit langem fertigen Bundesgesetze einzutreten. (Beifall bei der SPÖ).

Ebenso würde eine Vereinheitlichung der Darlehensbestimmungen der einzelnen Wohnaufonds sehr wesentlich zu einer Leistungssteigerung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues führen. Im Interesse einer gleichen Behandlung aller Staatsbürger wäre es richtig, endlich gleiche Bedingungen für alle Wohnauförderungsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln zu schaffen und die besonders günstigen Bedingungen des Wohnhaus-Wiederaufaufonds nur den tatsächlich Ausgebombten zu gewähren. (Beifall bei der SPÖ). ./.

Die Vereinheitlichung der Darlehensbedingungen, die von allen Fachleuten immer wieder gefordert wird, darf allerdings nicht dazu führen, daß dabei die wirtschaftlich Schwachen unter die Räder kommen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Bauen immer teurer wird. Die Früchte der in den letzten Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen kommen bedauerlicherweise nicht den Bauwilligen zu Gute. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, wenn bei einem der größten Wiener Bauunternehmen der Umsatz seit dem Jahre 1948 um 420 Prozent, und zwar bei annähernd gleichbleibender Beschäftigtenzahl, gestiegen ist und daß, obwohl die beträchtlichen Kosten für die Rationalisierung bereits amortisiert sind, die Preise nicht sinken, sondern weiter steigen.

Unsere Bauwirtschaft wird sich nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse mehr als bisher mit der Frage beschäftigen müssen, wie man zu einer Verkürzung der unerhört langen Bauzeiten kommt.

Wir werden unsere Bestrebungen nach einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Bautätigkeit auf das ganze Jahr noch weiter verstärken müssen. Deshalb haben wir auch die Absicht, im kommenden Winter wieder 50 ölgefeuerte und 30 gasbeheizte Warmluftgeräte auf unseren Baustellen einzusetzen. Außerdem werden wir auf sieben Baustellen die bewährten Winterbauhallen, die uns schon im vergangenen Winter gute Dienste erwiesen haben, verwenden.

Mit dem Wohnungsneubau muß natürlich auch die Erhaltung des vorhandenen Wohnraumbestandes Hand in Hand gehen. Wir müssen leider mit Bedauern feststellen, daß auf diesem Gebiete viel zu wenig geschieht. Diese Tatsache ist aber nicht durch eine ungerechtfertigte allgemeine Mietzinserhöhung aus der Welt zu schaffen, sondern nur durch eine Regelung, die jene Beträge, die von den Mietern für die Instandsetzung bezahlt werden, auch tatsächlich der Instandsetzung zuführt. Der Referent denkt dabei an einen Reparatur- und Ausgleichsfonds.

Neben dem Wohnungsbau werden auch im kommenden Jahre die Verkehrsprobleme unserer Stadt besondere Leistungen des Stadtbauamtes verlangen.

Für den Straßenbau stehen im Jahre 1959 mehr als 142 Millionen Schilling zur Verfügung. Wie in den Jahren vorher wurden auch in

diesem Jahre einige bedeutende Verkehrsbauvorhaben in Angriff genommen, bzw. durchgeführt. 1,380.000 m² Fahrbahnen und 282.000 m² Gehsteige wurden instandgesetzt und verbreitert, 530.000 m² Verkehrsfläche wurden einer Oberflächenbehandlung unterzogen, 120.000 m² Fahrbahndecken und 80.000 m² Gehwege haben neue Teppichbeläge erhalten, 250.000 m² Siedlungsstraßen wurden instandgesetzt und 8.000 m² Holzstöckelpflaster wurde durch gleitsichere Beläge ersetzt.

In Großbauvorhaben sind die bereits in August fertiggestellte Ringturmkreuzung, der noch in Bau befindliche Südtiroler Platz und einige bedeutende Hauptverkehrsstraßen in verschiedenen Bezirken zu nennen.

Entgegen immer wieder auftauchender Mitteilungen hat die Straßenbauabteilung auch im abgelaufenen Jahr wieder einige Parkplätze geschaffen, allerdings nicht in der Inneren Stadt. Dort ist nämlich die Schaffung von Parkplätzen nicht so ohne weiteres möglich.

Es wird nicht zu umgehen sein, an bestimmten Punkten der Innenstadt Parkmöglichkeiten in der Form von Parkgaragen zu schaffen. Diese Parkgaragen können allerdings aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der konservativen Art wie normale Garagen verglast und beheizt gebaut werden, sondern müßten einfache, mehrgeschossige Abstellflächen sein, wie man sie auch in anderen Ländern mit Erfolg errichtet. Der Bau solcher Parkgaragen kann allerdings nicht Aufgabe der Stadtverwaltung allein sein. Hier müßte sich einmal die Privatinitiative bewähren.

Eine der ersten Arbeiten des neu bestellten Stadtplaners und seiner Mitarbeiter bestand in der Ausarbeitung eines Autobahn- und Expreßstraßensystems, das inzwischen die grundsätzliche Zustimmung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau, von dem wir ja die Bezahlung vor allen der Autobahnen erwarten, gefunden hat. Obwohl bisher noch keine Verhandlungen über die Finanzierung der beiden Autobahnen in Wien geführt wurden, glauben wir doch mit einer gewissen Berechtigung verlangen zu können, daß die Autobahn auch im Land Wien zur Gänze durch den Bund finanziert wird, der ja auch in allen übrigen Bundesländern, durch welche die Autobahn führt, die Finanzierung des Baues zur Gänze trägt.

Die Autobahn wird in der Gegend des Auhofes an der Tiergartenmauer das Wiener Stadtgebiet erreichen und entgegen den früheren Planungen das Erholungsgebiet des Tiergartens nicht durchschneiden. Die erste Ausfahrt von St. Pölten bis Wien wird beim Auhof sein, wo eine Verknotung mit dem Wiener Nahverkehrsstraßensystem vor allem mit der Bundesstraße I, der Wientalstraße, erfolgt. Wir sind bei unserer Planung grundsätzlich von dem Gedanken ausgegangen, daß die bereits vorhandenen Ausfallstraßen nach dem Westen durch die Autobahn nicht zerstört werden sollen. Es wird sowohl die Wientalstraße als auch die Linzer Straße in ihrer derzeitigen Form bestehen bleiben, sodaß wir dann gemeinsam mit der Autobahn drei leistungsfähige Ausfallstraßen nach dem Westen haben werden. Die Autobahn selbst wird vom Knotenpunkt Auhof weg die Rückhaltebecken des Wienflusses überqueren und bei dem bekannten Gasthof "Zum Wolfen in der Au" die nördliche Wienflußseite erreichen. Von dort wird die Trasse entlang des Westbahndammes zuerst durch völlig freies Gelände bis in die Nähe des derzeitigen Bundesbahnhofes Hütteldorf führen, wo eine zweite Abfahrt geplant ist.

An diese Abfahrt schließt auch eine innerstädtische Expreßstraße an, die über den Flötzersteig einen Teil des Verkehrs bis an den Gürtel heranbringen soll. Die Autobahn selbst wird von dieser Ausfahrt weg weiterhin durch unverbauten Gebiet an die Hadikgasse heran und dann neben der Hadikgasse und teilweise auf dem eingewölbten Wienflußbett bis Hietzing hereingeführt. Die Hietzinger Brücke und auch der Vorplatz des Schlosses Schönbrunn sollen unterfahren werden.

Bei Schönbrunn ist eine weitere Ausfahrt geplant. Von hier soll eine Expreßstraße über den Grünen Berg eine Verbindung zu den südlichen Gebieten der Stadt und zur Südautobahn herstellen. Die Trasse der Westautobahn folgt von dort weiter dem Flußlauf der Wien bis zum Gürtel, wo die Auflösung der Autobahn in den Gürtel vorgesehen ist.

Die Weiterführung bis in die Gegend der Sezession wird sodann nicht mehr als kreuzungsfreie Autobahn, sondern als Expreßstraße mit geregelten Kreuzungen erfolgen.

Ähnliche Überlegungen wie für die Einführung der Autobahn aus dem Westen gelten auch für die Einführung der Südautobahn, die von Siebenbrunn Kleeblatt weg nicht die Triester Straße benutzen soll, sondern östlich parallel zu dieser das Stadtgebiet erreichen wird. Nach einer Überquerung der Donauländebahn wird die Trasse am Fuße des Wienerberges und Laaer Berges über Simmering die vor kurzem fertiggestellte Hafensbrücke über den Donaukanal und den Freudenaue-Hafen erreichen und über die geplante Donaustufe Wien und die Industriegebiete Donaustadt und Floridsdorfs vorläufig bis zur Magraner Straße führen.

Ein Expresstraßenzug soll auch durch den südlichen Teil der Favoritenstraße, die Absberggasse und Arsenalstraße zum Süd- und Ostbahnhof und von dort weiter durch die einseitig anbaufreie Prinz Eugen-Straße bis zum Schwarzenbergplatz führen, so daß man in Zukunft die Stadtmitte auch aus dem Süden rasch, sicher und ohne jeden Aufenthalt erreichen kann.

Im Zusammenhang mit der bereits in Bau befindlichen Schnellbahn von Floridsdorf nach Meidling werden auch dem Stadtbauamt eine Reihe wichtiger Aufgaben zufallen.

Selbstverständlich müssen die bereits bisher in Angriff genommenen Arbeiten fortgesetzt und weiter ergänzt werden. Ich denke dabei vor allem an den weiteren Umbau von Verkehrsknotenpunkten. Das Verkehrsbauwerk am Südtiroler Platz hoffen wir bereits im Frühsommer des nächsten Jahres seiner Bestimmung übergeben zu können. Obwohl der Umbau der Kreuzung am Schottentor im Voranschlag nicht vorgesehen ist, hoffen wir doch auch mit diesem Bau im Jahre 1959 beginnen zu können.

Einige weitere Großbauvorhaben sind im Voranschlag enthalten, so zum Beispiel die Fertigstellung der Umgebung des Südtiroler Platzes, der Zimmermannsplatz, der innere und äußere Hernals-Gürtel, Teile der Triester Straße, der Gumpendorfer Straße, der Linzer Straße, der Thaliastraße, der Heiligenstädter Straße und der Floridsdorfer Hauptstraße.

Wir werden auch mit besonderem Nachdruck darauf dringen müssen, daß die Verkehrsverhältnisse bei den 312 in Wien vorhandenen niveaugleichen Kreuzungen mit der Eisenbahn saniert werden.

Ein seit Jahren geplantes Bauvorhaben konnte bisher bedauerlicherweise noch nicht begonnen werden: der Bau der Wiener Universitätsklinik, der, wenn es nach uns gegangen wäre, schon weit fortgeschritten sein könnte. Bedauerlicherweise haben die Vorarbeiten, die nicht auf Gemeindeebene zu leisten waren, über die Gebühr lange gedauert. Ich wage aber nicht zu hoffen, daß wir in der Lage sein werden, die im Voranschlag für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingesetzten 30 Millionen Schilling - der Bund hat ebenfalls 30 Millionen in seinen Voranschlag eingesetzt - tatsächlich zu verbauen.

Im abgelaufenen Jahr konnten einige bedeutende Bauwerke fertiggestellt werden, so vor allem das Museum der Stadt Wien am Karlsplatz und die Wiener Stadthalle, eine Pionierleistung moderner Architektur in Österreich; einige Schulen wurden ebenfalls fertiggestellt oder stehen knapp vor ihrer Vollendung. Der Wiederaufbau der Hauptfeuerwache in Döbling ist sehr weit gediehen.

Für die Weiterführung der Arbeiten am Stadion-Aufbau sollen wieder zehn Millionen Schilling ausgegeben werden. Mit diesem Betrag kann der Rohbau bis Ende des nächsten Jahres fertiggestellt werden. Wir hoffen im Frühjahr des Jahres 1960 den Stadion-Aufbau und auch die Sanierung der Umgebung des Stadions beenden zu können. In der Wiener Stadthalle ist noch eine Reihe von Ergänzungsarbeiten durchzuführen.

Natürlich werden wir wieder Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten an Kindergärten, Schulen, Spitälern, Märkten, Amts- und Feuerwehrgebäuden vornehmen.

Bei den Erhaltungsarbeiten scheint es mir vor allem wichtig, eine Konzentration der vorhandenen Mittel anzustreben, damit die Arbeiten nicht zu sehr verzettelt werden.

Die Fachabteilung für Installationen von Elektro-, Gas- und Wassereinrichtungen wird im kommenden Jahr zirka 150 Millionen Schilling für ihre Arbeiten ausgeben. Sie war selbstverständlich auch in vergangenen Jahr maßgeblich an allen Bauvorhaben des Stadtbauamtes beteiligt.

Unsere Brückenbauabteilung hat im abgelaufenen Jahr an der großen Straßenbrücke im Hafengebiet, an der Umfahrungsbrücke im Zuge der Ringturnkreuzung, an den Parkbachbrücken in Neuwaldegg und am Rosenbachdurchlaß im Rosental sehr fleißig gearbeitet.

Daneben hat sie die Arbeiten an der Liesingbachregulierung fortgesetzt, die nunmehr schon sehr weit gediehen sind. Bisher wurden für die Liesingbachregulierung 70,6 Millionen Schilling ausgegeben. Mit diesem Betrag konnten rund 18 km des Liesingbaches reguliert werden. Mehr als 5 km mit einem annähernden Kostenaufwand von 40 bis 50 Millionen Schilling sind noch zu regulieren. Die Gesamtkosten werden rund 130 Millionen Schilling betragen; mit der endgültigen Fertigstellung ist im Jahre 1964 zu rechnen.

Natürlich wurde auch am weiteren Ausbau unserer Hafenanlagen fleißig gearbeitet. Immer dringender wird es, sobald als möglich zur Gründung einer Hafenbetriebsgesellschaft zu kommen, die sich mit den wirtschaftlichen Problemen des Wiener Hafens und mit dem weiteren Ausbau der Hafenanlagen zu beschäftigen haben wird.

Die Entrümpelung der Donaulände und ihre planmäßige Ausgestaltung ist ein wichtiges städtebauliches Anliegen, dessen Verwirklichung nicht länger hinausgeschoben werden darf.

Im kommenden Jahre sind auf dem Sektor Brücken- und Wasserbau wieder eine Reihe wichtiger Arbeiten vorgesehen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang in erster Linie den Neubau der Stadionbrücke, für den bereits Projekte und Kostenberechnungen vorliegen. Wahrscheinlich wird es diesmal zum Bau einer sehr schönen Stahlbrücke kommen. Außerdem sollen die Arbeiten am Gehsteig der Nordbahnbrücke abgeschlossen werden.

An größeren Schutzwasserbauten ist die Fortsetzung der Liesingbachregulierung zu erwähnen.

Außerdem sind Ufersicherungsarbeiten an der Dürren Liesing, am Mauerbach und kleinere Arbeiten zur Verbesserung der Hochwasserschutzverhältnisse geplant.

Im Hafen Freudenau werden die Arbeiten an den Kaianlagen weitergeführt, die Gleisanlagen und die Strom- und Trinkwasserversorgung verbessert.

Im Hafen Albern sollen Parkplätze geschaffen werden und im Hafen Lobau sind Niveauregulierungen, Verbesserungen der Gleisanlagen und Straßenbauarbeiten vorgesehen.

Auch im Hafen Kuchelau sollen kleinere bauliche
Herstellungen durchgeführt werden.

Darf ich in diesem Zusammenhang auch auf ein
Problem zu sprechen kommen, das uns alle in der näch-
sten Zeit beschäftigen wird. Es handelt sich um die
Errichtung der im Rahmen des Donaurahmenplanes vorge-
sehenen Staustufe Wien. Im Hinblick auf die Erklärungen
einiger niederösterreichischer Dienststellen, daß mit
der Errichtung der Staustufe Klosterneuburg schon in
Kürze begonnen werden soll, hat sich das Wiener Stadt-
bauamt etwas näher mit den durch die Errichtung der
beiden Staustufen auftauchenden Problemen beschäftigt.
Dabei hat sich herausgestellt, daß sowohl die Staustufe
Klosterneuburg als auch die weiter stromabwärts in der
Nähe von Petronell zu errichtende Staustufe sehr
wesentliche Auswirkungen auf das Gebiet der Stadt Wien
haben werden.

./.

Die Klosterneuburger Staustufe wird in erster Linie die Probleme des Hochwasserschutzes erneut aktuell werden lassen. Eine entscheidende Verbesserung der Hochwasserschutzmaßnahmen für Wien wäre unbedingt erforderlich. Es steht auch eindeutig fest, daß die notwendigen Maßnahmen unbedingt im Zusammenhang mit der Errichtung dieser Staustufe Klosterneuburg getroffen werden müssen. Derzeit liegen drei Projekte für den Wiener Hochwasserschutz vor. Das derzeit als das am geeignetsten angeschene sieht den Bau eines Kanales im Innundationsgebiet am Fuße des derzeitigen Hochwasserschutzdammes vor. Durch diesen Kanal, der bei normalen Wasserstand dem Wassersport zur Verfügung stehen könnte, sollen etwaige Hochwässer abgeleitet werden, wobei der größte Teil des bisherigen Innundationsgebietes für andere Zwecke verwendet werden könnte. Die voraussichtlichen Kosten für die Anlage dieses Kanales würden allerdings 1.5 Milliarden Schilling betragen. Die Staustufe Wien würde aber darüber hinaus noch Probleme aufwerfen, die wir derzeit noch gar nicht überschauen können.

Eines unserer Glanzstücke ist das Wiener Stadtgartenamt, dem der Neubau und die Pflege unserer Gartenanlagen obliegt. Derzeit hat das Stadtgartenamt rund 13 Millionen Quadratmeter Gartenflächen zu betreuen. Im Jahre 1958 hatten wir einen Zuwachs von 255.000 Quadratmetern zu verzeichnen.

In diesem Jahre hat das Stadtgartenamt 12 öffentliche Gartenanlagen umgestaltet, 15 Ballspielplätze für die Jugend und 12 Kleinkinderspielplätze neu errichtet. Außerdem wurden 450 Allee-bäume neu gepflanzt.

Im nächsten Jahr stehen für die gärtnerische Ausgestaltung und für die Erhaltung unserer Gartenanlagen 83 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind um rund 14 Millionen mehr als im Jahre 1958. Gedacht ist vor allem an die weitere gärtnerische Ausgestaltung des linken und rechten Donaukanaluferes im 2., 3., 9. und 20. Bezirk, an eine Neugestaltung des Volksparkes am Laaer Berg, an die Fertigstellung der Gartenanlage in der Lidlgasse in Hernals und an eine Reihe weiterer kleinerer Arbeiten.

Auch mit der gärtnerischen Ausgestaltung des Kaisergartens im Prater wird begonnen werden. (Allgemeiner Beifall.) Für diesen Zweck steht vorläufig eine Million Schilling zur Verfügung.

Das Wiener Stadtgartenamt wird sich bemühen, an seine bisherigen Leistungen anzuknüpfen und unsere Stadt mit noch mehr Blumen und noch mehr Grün zu schmücken.

Für alle diese Arbeiten sind eine Unmenge von Baustoffen erforderlich. Das Stadtbauamt hat wieder, wie in den vergangenen Jahren, versucht, durch Großabnahmen vorteilhaftere Abschlüsse zu tätigen. Bedauerlicherweise zeigten sich auch im Jahre 1958 in einzelnen Branchen Tendenzen, durch Preisabsprachen ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu erzielen. Herr Stadtrat Thaller und auch ich haben in allen uns bekannt gewordenen Fällen den beteiligten Firmen in unmißverständlicher Weise zu verstehen gegeben, daß wir die Tätigkeit solcher "schwarzer" Kartelle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterbinden werden. Ich habe bereits Auftrag erteilt, Firmen, die an derartigen ungesetzlichen Preisabsprachen teilnehmen, von jeder weiteren Auftragserteilung auszuschalten. (Allgemeiner Beifall.)

Insgesamt sieht der Voranschlagsentwurf 1959 für die Verwaltungsgruppe VI Ausgaben in der Höhe von 893,7 Millionen Schilling vor, denen Einnahmen von 144,3 Millionen gegenüberstehen. Die Ausgaben sind um 43,4 Millionen Schilling höher als im Vorjahr. Sie haben einen noch nie dagewesenen Rekord erreicht.

Die für den Wohnungsbau im Gesamtbudget zur Verfügung stehenden Beträge ermöglichen im nächsten Jahre, ohne Berücksichtigung der "Neuen Wiener Wohnbauaktion", den Bau von ungefähr 8.500 Wohnungen.

All diese zahlreichen Aufgaben müssen innerhalb der Stadtgrenze, in einem verhältnismäßig kleinen Stadtraum erfüllt werden. Die Beschaffung von Grundstücken hat in den letzten Jahren immer größere Schwierigkeiten gemacht. Da für die abgedelten Objekte an anderer Stelle Ersatz geschaffen werden muß, wiederholen sich die Unkosten, Verzögerungen und Schwierigkeiten manchmal. Darum ist eine vorausschauende Planung, eine Stadtplanung, besonders nötig. Ihre Aufgabe ist es, durch sinnvolle räumliche Ordnung im ganzen Stadtgebiet die Gesundung und Verjüngung der Stadt vorzubereiten.

In einer Stadt, die unter zu dichten Wohngebieten und überlasteten Straßen leidet, gehört dazu vor allen die Sanierung der alten Baugebiete, die bauliche Auflockerung der Mietkasernen-Viertel, die Entlastung der Straßen, die Schonung, Erhaltung und Neuanlage von Grünflächen, die verantwortungsbewußte Pflege des landschaftlichen und des kulturellen Erbes, das uns allen kostbar ist und um das wir von der ganzen Welt beneidet werden.

Wir haben uns daher zum Programm einer grundsätzlichen, umfassenden städtebaulichen Ordnung, zum Programm der städtebaulichen Auflockerung und einer Stadterweiterung nach modernsten Gesichtspunkten bekannt und daher die Aufgabe der Stadtplanung einem Fachmann anvertraut, der ein den Wesen Wiens entsprechendes großzügiges Konzept der Gesundung und Verjüngung der Stadt vorgelegt hat. (Allgemeiner Beifall.) Ihm zur Seite steht die Gemeinderätliche Planungskommission, die bereits seinen ersten Arbeiten zugestimmt hat.

Nach unserem Konzept müssen die zu dicht bebauten Gebiete schrittweise aufgelockert werden. Die Voraussetzung für eine großzügige Sanierung muß dadurch geschaffen werden, daß neue, zusammenhängende Wohngebiete dort gebaut werden, wo noch unbebaute Flächen in möglichst ebener Lage vorhanden sind. Wien besitzt zum Glück noch Gebiete dieser Art in guter Verkehrslage zur Stadt. In diesen Gebieten können auch Industrien angesiedelt werden, sodaß der Abwanderung der Industrien vorgebeugt werden kann und neuen Wohnstätten immer auch neue Arbeitsstätten zugeordnet werden können.

In solchen Anlagen wird die Wohnkultur und der Baustil unserer Zeit verkörpert sein, so wie das auch bei den großen Wohnhausanlagen der Ersten Republik geschehen ist. Wir haben den Ehrgeiz, dieser Zeit nicht nachzustehen. Wir werden den Können und der Begabung der Wiener Architekten Gelegenheit geben, die für heute und morgen passenden Lösungen dieser Aufgaben zu suchen und zu finden. Dabei werden auch gemeinnützige Bauvereinigungen mitwirken müssen, deren Tätigkeit die Stadt Wien nach Möglichkeit durch Beistellung von Bauland und durch Mithilfe bei der Erschließung fördern und unterstützen wird.

In vielen Bezirken wollen wir Verbesserungen für die Bewohner schaffen, sei es durch Anlage von neuen Grünflächen, von Parks mit Spielplätzen und Spazierwegen für alte Leute, sei es durch neue Einkaufszentren mit Parkplätzen und geschützten Fußwegen für die Frauen, sei es durch die Sanierung alter Baublocks, wobei die kulturell wertvollen alten Häuser geschont und wieder hergestellt werden sollen: denn jeder Wiener Bezirk hat seine ganz bestimmte Eigenart, die wir als einen Wesenszug unserer Stadt erhalten und entfalten wollen.

Zu dieser Eigenart gehören nicht zuletzt auch die landschaftlichen Schönheiten, mit denen unsere Stadt so reich gesegnet ist. Diese Wiener Landschaft darf nicht weiter von der Bebauung angegriffen werden. Sie muß im Gegenteil geschont und an verschiedenen Stellen ergänzt und erneuert werden. (Beifall) Die Wiederaufforstung charakteristischer Höhenzüge wird nicht nur das Stadtbild verschönern, sondern auch durch Windschutz und Klimaverbesserung die Lebensverhältnisse angenehmer und gesünder machen. Landschaftsparks sollen der Bevölkerung freie Erholungsräume bieten, in denen sie sich ungehindert wie im Wienerwald bewegen kann. Die Kleingartengebiete sollen durch Kleingartenparks der Allgemeinheit besser als bisher zugänglich gemacht werden.

Die Voraussetzung der Neuordnung des Stadtraumes ist schließlich ein gut funktionierendes Verkehrssystem. Besonders dringend brauchen wir einen Generalverkehrsplan. Damit ist nicht nur ein Generalstraßenplan gemeint, sondern auch ein genereller Plan aller Massenverkehrsmittel und ihres Zusammenspiels. Schnellbahnstationen und sonstige Verkehrsknotenpunkte sind natürliche Ansätze für die Entwicklung von Geschäfts- und Gewerbezentren, deren planmäßige Förderung in den Bezirken auch zur Entlastung der Innenstadt beitragen kann.

Es muß uns auch gelingen, dem Fußgänger wieder seinen eigenen und ungefährdeten Raum zu geben. (Beifall) Eine klare Trennung von Fußgängerbereich und Verkehrsbereich charakterisiert auch die Planungen aller neuen Baugebiete und der Sanierungsprojekte, damit auch die Großstadt das menschliche Maß behält und alle unsere Maßnahmen in erster Linie dem Menschen und seinen Bedürfnissen dienen.

Ich kann meine Ausführungen nicht abschließen, ohne all derer zu gedenken, die mit hohem Wissen und unermüdlichen Fleiße aufopferungsvoll an der baulichen Gestaltung Wiens mitwirken, besonders Herrn Stadtbaudirektor Prof. Dr. Pocht. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke den Arbeitern, Angestellten und Inhabern der bauausführenden Firmen und ganz besonders den Mitarbeitern in meinem Sekretariat. (Beifall)

Mein aufrichtiger Dank gilt auch der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen. Für ihre Unterstützung, die ohne weiteres auch in positiver Kritik bestehen kann, sei herzlichst gedacht. (Beifall)

Nicht zuletzt aber danke ich der gesamten Wiener Bevölkerung, deren Fleiß und deren Opferbereitschaft die Basis für unsere Arbeit ist.

Wir bitten auch alle Wiener mitzudenken, mitzusprechen und mitzuarbeiten. Wir werden alles tun, um der Bevölkerung diese Mitarbeit, die wir unbedingt brauchen, zu ermöglichen, damit wir in gemeinsamer Arbeit unser Ziel erreichen:

Wo Wien schön ist, soll es noch schöner werden, wo aber unsere Stadt den Bedürfnissen der heutigen Zeit und der Zukunft nicht mehr entspricht, dort wollen wir sie zum Wohle aller besser gestalten. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

./.

Debatte über Bauangelegenheiten

GR. Hausnor (VO) begrüßt, daß der Referent den Wohnungsbau an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat. Sind doch die Wohnungsnot und das Wohnungsloch in unserer Stadt noch immer sehr groß. Viele andere Länder stehen jedoch gleichfalls vor diesen Problemen, besonders jene, in denen der Krieg gewütet hat. Bei der Lösung der Wohnungsnot dürfe man sich jedoch nicht auf die Privatinitiative verlassen. Es sei völlig unverständlich, daß man den sozialen Wohnhausbau immer mehr einschränke. Sprach man im letzten Voranschlag noch von der Schaffung von 9.500 Wohnungen im sozialen Wohnhausbau, so ist für 1959 der Bau von nur mehr 8.500 Wohnungen vorgesehen. Daß diese Zahl viel zu gering ist, ist eine unleugbare Tatsache, besonders wenn man bedenkt, daß jährlich 1.500 bis 2.000 Wohnungen unbewohnbar werden. Der genossenschaftliche Wohnungsbau dürfe nur zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau gefördert werden. Die neue Art der Wohnbauförderung durch Annuitätenzuschüsse käme für einen Arbeiter oder Angestellten kaum in Frage, da er weder die rund 30.000 Schilling Baukostenbeitrag aufbringen könne, noch einen Grund zur Verfügung hat und auch später nicht 400 bis 500 Schilling monatlich Zins bezahlen kann. Es erscheint seiner Fraktion wichtiger, daß die Gemeinde und auch der Bund vorerst den schon bestehenden Baugenossenschaften jene Mittel, die sie dringend benötigen, zur Verfügung stellen. Als unmöglich erachtet es der Redner, daß man im sozialen Wohnhausbau errichtete Wohnungen nur mehr den Linderbedürftigen zuweisen will. Man würde sie auf diese Art mit sogenannten Asylbauten identifizieren, da sie ja auch nicht so gut ausgestattet wären, wie Wohnungen mit teurem Zins. Der Redner bezeichnet es als bedauerlich, daß die Sozialisten immer mehr zum Prinzip der Volkspartei, nämlich den Eigentumsbau zu fördern, übergehen. Er erachte es als ganz und gar ungerechtfertigt, daß man mit öffentlichen Mitteln derartige Häuser, wie den Heinrichshof usw., errichtet. Der Wiederaufbaufonds war ja geschaffen worden, um jenen Menschen, die durch Kriegseinwirkungen ihre Wohnungen verloren haben, neue zur Verfügung stellen zu können.

Der Redner kommt sodann darauf zu sprechen, daß bei den

Hausreparaturen vielfach nicht notwendige Arbeiten durchgeführt und den Mietern angelastet werden. Die zuständige Magistratsabteilung müßte hier viel genauere Prüfungen vornehmen.

Daß man auf dem Bausektor jetzt von der sogenannten Lückenverbauung abgehen will, müsse man begrüßen. Auch die Feststellung, daß die Durchschnittswohnflächen erhöht wurden, ist zu begrüßen, ebenso wie der Bau von Gesellschaftsräumen in großen Baukomplexen. Die Schaffung solcher Kulturzentren wird sich bestimmt günstig auswirken, besonders auf die Jugend, die vielfach unter dem Mangel an persönlichen Kontakt leidet.

Der Redner tritt sodann für die endliche Zusammenlegung von Wohnungen ein, die in Schnellbauprogramm errichtet wurden. Diese Wohnungstypen haben sich nicht bewährt, da sie in keiner Weise familiengerecht sind. Es sei ferner fraglich, ob es zweckmäßig ist, bei größeren Baukomplexen - sozusagen als Krönung - ein Hochhaus, Stern- oder Punkthaus zu errichten. Die Baukosten für solche Häuser liegen um rund 60 Prozent höher als bei anderen. Der Redner begrüßt das Projekt der Errichtung von Wohnhäusern nächst der Per Albin Hansson-Siedlung. Diese Tendenz sollte weiter verfolgt werden, jedoch unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse. Es sei unmöglich, irgendwo Wohnsiedlungen am Rande der Stadt anzulegen, aber keine ausreichenden Verkehrsverbindungen zu schaffen. So sind die Verkehrsverbindungen für die Siedlungen des 22. Bezirkes völlig unzureichend. Wenn man schon keine Straßenbahn hinführen kann oder will, sollte man wenigstens Autobusse einsetzen.

GR. Hausner kommt sodann auf die sogenannten Altenwohnungen zu sprechen. Er stellt fest, daß es kranke alte Leute vielfach als sehr bedrückend empfinden, ebenfalls unter alten und kranken Menschen zu leben, wo einer nach dem anderen wegstirbt. Sie versuchen oft aus diesen Grunde wieder aus den Wohnungen hinauszukommen. Man müßte hier über andere Möglichkeiten nachdenken. Bei neugeplanten Anlagen müßte man auch die offenen Gänge durch Glasveranden ersetzen. Es wäre dies für die alten Leute, besonders während der schlechten Jahreszeit, viel zweckmäßiger und angenehmer.

Bei den Neubauten müßte auch auf einen genügenden Wärmeschutz und ausreichende Schalldichte Rücksicht genommen werden. Entsprechende Möglichkeiten sind heute bereits vorhanden.

Auf dem Gebiete des Verkehrs dürfte nicht auf die Fußgänger vergessen werden. Der umgebaute Praterstern sei für die Fußgänger keine ideale Lösung. Man müßte Straßen überqueren und die Straßenbahnhaltestellen liegen viel zu weit auseinander.

Wenn man gezwungen ist, die Projekte Karlsplatz und Schottentorkreuzung zurückzustellen, dann wäre es notwendig, dafür andere Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Auch außerhalb des Gürtels gibt es Probleme, die einer Lösung harren, wie die Philadelphia-Brücke und die Hietzinger Brücke. Der Redner verlangt ferner die Unterführung der Ostbahn in Stadlau auch für den Fahrzeugverkehr und regt einen Fußgehersteg über die Ostbahnbrücke an. Er hoffe, daß die dritte Donaubrücke bald realisiert werden könne. Gr. Hausner urgiert die Errichtung einer Brücke über das Schillerwasser im 22. Bezirk. Auch die Sanierung der Alten Donau sollte schneller vorangetrieben werden. In Bretteldorf sollte man die Müllablagerungsstätte endlich beseitigen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit Planungsfragen. Viele Fehler hätten vermieden werden und man hätte sich viel Geld ersparen können, wenn man schon früher einen Stadtplaner gehabt hätte. Er hoffe, daß der neue Stadtplaner gute Arbeit leisten wird. Scharf nimmt Gr. Hausner gegen den Bodenwucher Stellung und verlangt wirksame Maßnahmen.

Abschließend sagt er, er sei sich bewußt, daß die Baubedürfnisse und die Wünsche von uns allen größer als die vorhandenen Geldmittel sind. Man könne jedoch feststellen, daß hier das ehrliche Bestreben vorherrscht, neue Wege zu gehen. Nur mit dem Wohnungsbau sei seine Fraktion nicht einverstanden. Da jedoch das Positive überwiege, werde sie die Zustimmung zu den Ansätzen geben.

GR. Ing. Arch. Lust (ÖVP) meint, das Zeitalter "Moderne Ideen im Rathaus nicht gefragt" scheint endlich abgeschlossen zu sein. Er könne mit Genugtuung feststellen, daß im Arbeitsprogramm von Stadtrat Heller viele Forderungen der ÖVP zum Teil in Erfüllung gehen und damit eine günstige Perspektive für die Zukunft geschaffen ist. Es wäre hoch an der Zeit, alle politischen Sphären von der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten fernzuhalten.

Nach einigen grundsätzlichen Betrachtungen geht der Redner auf die Planungsaufgaben der Stadt Wien näher ein. Die Aufstellung des Generalstadtplanes wird nunmehr Wirklichkeit. Prof. Rainer und die Stadtplanungskommission, beide werden, wenn sie gut abgestimmt sind, gute Lösungen finden. Dabei ist allerdings die kollegiale Zusammenarbeit der Beamten mit der Stadtplanung notwendig. Der Redner tritt auch für eine Koordinierung mit der niederösterreichischen Landesplanung ein. Unter verschiedenen Einzelfragen hebt er besonders hervor, daß bei der Festlegung von Kulturzentren nicht auf Kirchenbauplätze vergessen werden dürfte. (Beifall bei der ÖVP.)

Im folgenden spricht der Redner über Verkehrsfragen. Das Parkproblem sei schon sehr dringend geworden, ebenso die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene. Man sollte endlich mit der Trassierung der U-Bahn beginnen.

Eine ebenso dringende Arbeit erscheint mir auch die Trassierung des Stadtbahnanschlusses Gumpendorfer Straße - Meidling, Südbahnhof.

Es ist klar, daß wir von neuen Stadtplaner keine Wunder erwarten können, obwohl Zeit und Motorisierung außerordentlich drängen. Die ständige Heranziehung von Ziviltechnikern, Architekten und Zivilingenieuren, und die zusätzliche Ausschreibung von Wettbewerben wird für den Stadtplaner eine fühlbare Entlastung bringen und ihm wertvolle fachliche Anregungen geben. Wir sind bereit, ihm jede Unterstützung zu gewähren. Dabei darf der Gemeinderat nicht mit eng dotierten Budgetposten arbeiten, sondern er muß sich, da die Erfüllung des Verkehrsplanes Generationen zugute kommen wird, zu einer großen Kreditoperation entschließen. Die Zeit dürfte vorüber sein, wo nur Pläne für das Archiv oder für die Bibliotheken gemacht wurden. Bei dieser Gelegenheit muß ich neuerdings die Vorlage eines Kommissierungsgesetzes fordern.

Die Architekturabteilung darf sich nicht zu einer Normenanstalt oder zu einem Uniformierungsladen herabdrücken lassen. Sie soll das geistige Schaffen unserer Architekten unterstützen und darauf bedacht sein, daß sich das Moderne in das Alte, das sicherlich noch eine lange Lebensdauer hat, harmonisch einfügt.

./.

Bei großen Aufschließungen muß alles darangesetzt werden, Kasernenbauten zu vermeiden. Auf diesem Gebiet wurde leider auch im kommunalen Wohnhausbau viel gesündigt. Die Uniformierung des Stadtbildes muß unter allen Umständen vermieden werden.

Ein ernstes Problem bilden die Hochhäuser. Sie dürfen nur an Stellen errichtet werden, die solche Dominanten vertragen. Keinesfalls dürfen im Stadtzentrum, an neuralgischen Verkehrspunkten oder in Konkurrenz mit Monumental- und Kirchenbauten solche Hochhäuser gestellt werden (Beifall bei der ÖVP).

Die Förderung einer City-Bildung am linksseitigen Donaukanalufer wäre bei einer rechtzeitigen Einschaltung der Gemeindeverwaltung eine große städtebauliche Chance gewesen. Es könnte aber noch manches gerettet werden, wenn die Stadtplanung rasch eingreift.

Der Wohnhausbau soll sowohl auf dem kommunalen wie auch auf dem genossenschaftlichen und privaten Sektor reiche Förderung finden, wobei die Eigentumsbildung an Wohnraum besondere Beachtung finden soll. Nur durch die Erschließung aller Baumöglichkeiten und Vermeidung der Monopolisierung wird in absehbarer Zeit die Wohnungsnot behoben werden können.

Der Redner begrüßte die "Neue Wiener Wohnbauaktion" als teilweise Erfüllung der von der Volkspartei vorgebrachten Wünsche, brachte aber gleichzeitig einige Vorschläge hiezu vor. Weiter forderte er einen familiengerechten Zuschnitt bei der künftigen Wohnungsplanung sowie Beachtung der Wärme- und Schalldämmung. Auch wäre begrüßenswert, bei der äußeren Gestaltung der Wohnhäuser nicht so sehr die grellen Farbenstriche, sondern den heimischen Naturstein, der sich in vielen schönen Farbnuancierungen präsentiert, zu verwenden. Um die Qualität der Bauausführung zu heben, wäre es hoch an der Zeit, sich von der bisherigen Vergabep Praxis zu trennen und die Ö-Norm 2050 als verbindlich zu erklären, wonach jenes Angebot auszuwählen ist, welches bei Wertung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte am besten entspricht.

Die wirtschaftlichen Erfordernisse und die Probleme der innerstädtischen Verkehrsabwicklung machen **dringend** den Bau von Expresstraßen notwendig. Als Sofortmaßnahme müßten alle Verkehrsengen beseitigt und die Trottoirs in den wenig frequentierten Straßen zur Aufnahme des ruhenden Verkehrs verschmälert werden.

Bei allen Straßenbauarbeiten sollten die Maßnahmen aller Beteiligten koordiniert werden.

Abschließend bat der Redner im Interesse einer guten Zusammenarbeit, keine Projekte ohne entsprechende Kontaktnahme vorzulegen und die politische Tangente möglichst auszuschalten, um so die Entwicklung unserer altehrwürdigen Stadt zu einer modernen Weltstadt im Herzen Europas weiterzubringen. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Planek (SPÖ) würdigte einleitend die Tätigkeit der Vorgänger des jetzigen Stadtrates Novy, Jonas und Thaller, und sagte, daß die Taten der Sozialistischen Partei gezeigt haben, daß sie eine dynamische Partei ist.

Natürlich, so sagte er, zahlt alles die Wiener Bevölkerung. Aber ein erheblicher Teil fließt der gesamten Wirtschaft wieder zu und außerdem werden Werte geschaffen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen.

Er stellt sodann fest, daß die Sozialisten die Wohnung nicht als Ware, sondern als ein der Menschenwürde untrennbar verbundenes Kulturgut betrachten. Sie wenden deshalb diesem Kapitel größtes Augenmerk zu. Zu den Ausführungen seiner Vorredner will er nur in einigen Details Stellung nehmen, so zu der Art der Verbauung. Die Sozialisten waren Schrittmacher des Gedankens, größere Wohnsiedlungen in Grünflächen zu stellen und überhaupt so viel Grün als möglich in die Stadt zu bringen. Ständige Bemühungen gelten auch der Auflockerung in der Wohnungsdichte. Augenblicklich versuche man die Grenze von 500 Menschen auf einen Hektar einzuhalten. Zur Kritik an der Architektur der Gemeindehäuser ist zu sagen, daß man sich bereits entschlossen hat, einige Wiener Architekten einzuladen verbesserte Vorschläge auszuarbeiten. Diesem Problem wird in Hinkunft sicherlich großes Augenmerk zugewendet werden. In den ersten Jahren nach dem Kriege mußte man in erster Linie an die Schaffung des Wohnraumes denken. Das gelte auch für die Frage der Grundrisse. Es sei nicht richtig, daß die Gemeinde nicht familiengerecht baut. Man könne aber zum Beispiel bei der Zuweisung von Wohnungen an junge Ehepaare nicht wissen, ob diese einmal Kinder wollen und wieviel.

Augenblicklich werden von den kleinen Wohnungstypen A und B 20 Prozent, Wohnungen mit einer Größe ab 51 Quadratmeter 80 Prozent gebaut. Es gibt in Wien aber nicht nur überbelegte Wohnungen, sondern nicht weniger als fünf Prozent, die unterbelegt sind. Vielfach sind in großen Wohnungen alleinstehende Menschen zurückgeblieben.

Auf dem Gebiete des Lärm- und Kälteschutzes müsse auch er an Stadtrat Heller die Bitte richten, dieser Frage größtes Augenmerk zuzuwenden. Zur Grundrißfrage ist zu sagen, daß in der ganzen Welt heute kleinere Räume gebaut werden. Ein Wunsch wäre jedoch, die Vorzimmer so zu bauen, daß man in ihnen entsprechende Kasten unterbringen könnte.

Die Gemeinschaftseinrichtungen wurden in größeren Siedlungen, wie an Schöpfwerk oder in der Per Albin Hansson-Siedlung schon damals geschaffen. Durch die Anlegung des Windschutzgürtels in der Per Albin Hansson-Siedlung ist zusätzlich ein Gebiet entstanden, in dem die Kinder auf den Rasenflächen herumtollen können.

GR: Lust habe das Fehlen eines Generalverkehrsplanes bemängelt und von Planlosigkeit auf den Verkehrssektor gesprochen. Seine Äußerungen führen zu außerordentlichen Konsequenzen rechtlicher Art in Hinsicht auf Eingriffe in das Privatrecht. Verkehrsenge können nur beseitigt werden, wenn man in der Lage ist, über die entsprechenden Grundstücke zu verfügen. Es sei hier aber nicht immer leicht zu einer Einigung zu kommen und vor allem Gewerbebetriebe entsprechend unterzubringen. Im übrigen sei die Stadtverwaltung auch auf den Verkehrssektor nicht planlos vorgegangen. Es sei zweifellos sehr leicht, zu sagen, wir verändern die Struktur der Stadt. Der Praktiker aber wird sagen, er habe eine gegebene Struktur, die er verbessern kann und wo genügend große Flächen vorhanden sind, nach einem gewissen Leitfaden der Planung eine andere Struktur festzusetzen. Die Stadtverwaltung habe nichts anderes gemacht, als die gegebene Verkehrsstruktur systematisch verbessert. Es wurden Radialstraßen ausgebaut, Querstraßen wie Ring und Gürtel, Binnmündungen und Kreuzungen geschaffen usw. Ein Expressstraßennetz könne man einfach nicht in bestehende Verkehrsstraßen mit einem Geschäftsviertel einbauen. Es müssen ja schließlich die Interessen der Bevölkerung, der Industrie, der gewerblichen Wirtschaft und des

Handels gewahrt werden.

Wenn GR. Hausner von Wohnungsnot und Wohnungselend gesprochen hat, dann gehöre dies nicht in diese Geschäftsgruppe. Es sei unrichtig, daß die Gemeinde 1959 weniger Wohnungen bauen wird als in den Jahren vorher. Man war nur in der Einschätzung wieviele Wohnungen gebaut werden, sehr vorsichtig. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau wurden jedoch nicht eingeschränkt. Man hat nur der Möglichkeit von Baukostensteigerungen Rechnung getragen. Man müsse außerdem unterscheiden, was neu zu bauen begonnen wird und was an Überhängen aus dem vergangenen Jahr noch fertiggestellt werden muß. Am Jahresende wird sich dann erweisen, wieviele Wohnungen neu gebaut und wieviele fertiggestellt wurden. Derzeit sind 9.000 Wohnungen in Bau.

GR. Flanek stellt abschließend fest, daß seine Fraktion den vorliegenden Ansätzen die Zustimmung gibt und damit das Motto verbinde, alles für Wien, alles für die Wiener! (Allgemeiner Beifall.)

Stadtrat Heller stellt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der GRs. Hausner und Lust fest, daß die Auffassungen, die er hier vertreten hat, die Auffassungen der Sozialisten dieses Hauses sind und weder aus den Parteiprogrammen der Kommunisten - ein solches könne er überhaupt nicht ausfindig machen - noch aus dem der ÖVP abgeschrieben habe. Mit Freude habe er jedoch feststellen können, daß einige Auffassungen der Sozialisten in Parteiprogramm der ÖVP zu finden sind.

Zu den Ausführungen des GR. Hausner über eine Verringerung des kommunalen Wohnungsbaues ist zu sagen, daß die Sozialisten den kommunalen Wohnungsbau selbstverständlich mit aller Intensität weiterführen werden. Man war nur bei der Angabe der Zahlen sehr vorsichtig, weil man heute noch nicht weiß, wie sich die Preise in der Bauwirtschaft entwickeln werden. Die im Wahlprogramm 1954 versprochenen 20.000 Wohnungen innerhalb der Legislaturperiode, die bekanntlich bis 1959 läuft, sind bereits erfüllt. Es wurden bis heute bereits mehr als 30.000 Wohnungen errichtet. (Beifall bei der SPÖ.) Seit 1945 wurden im Rahmen der Wiener Stadtverwaltung 60.209 Wohnungen gebaut. Davon sind 51.405 bereits fertiggestellt und bezogen.

Neben diesen 8500 Wohnungen des Voranschlages 1959 soll noch die "Neue Wiener Wohnbauaktion" wirksam werden. Sicherlich bedeutet diese eine gewisse Belastung für den Wohnungswerber. Viele junge Menschen leisten aber gerne einen Beitrag, um zu einer Wohnung zu kommen. Man geht auch in anderen Ländern - auch in den Oststaaten will man es tun - langsam dazu über, den Mieter einen Beitrag für den Wohnungsbau leisten zu lassen. Neben den finanziellen Grenzen, die dem Wohnungsbau gesetzt sind, sind natürlich auch Grenzen durch die geringe Anzahl der Bauarbeiter vorhanden, wenn nicht weitere Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen werden können, daß man rascher und noch zweckmäßiger als bisher wird bauen können.

Die Kritik des GR. Hausner sei gerade bei Wien nicht am Platze. Zu den Mitteln, die der Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds zur Verfügung stellt und die 60 Prozent der Baukosten betragen, gibt das Land Wien weitere 30 Prozent aus Gemeindemitteln dazu, sodaß jeder, der sich mit dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds eine Wohnung errichtet, praktisch nur 10 Prozent der Baukosten bezahlen muß.

Durch die neue Wiener Wohnbauaktion können zehntausend Wohnungen in zehn Jahren errichtet werden. Würde die Gemeinde die Wohnungen ausschließlich aus eigenen Mitteln bauen müssen, wären 25 Jahre erforderlich.

Bei den Duplexwohnungen ist es sicher an der Zeit, diese Wohnungen zusammenzulegen, die seinerzeit zur Milderung der größten Wohnungsnot errichtet worden sind. Doch ergeben sich Schwierigkeiten, weil die Mieter in vielen Fällen die Wohnung nicht verlassen wollen.

Auch wir sind keine Anhänger der Hochhausbauten; doch sind Hochhäuser bei schlechtem Baugrund rationeller.

Die Verbesserungen bei den Heimstätten für alte Menschen werden bereits durchgeführt.

Der Referent teilte auch mit, daß vor einigen Tagen ein eigener "Lärmausschuß" gegründet worden ist. Die Gemeinde Wien nimmt übrigens schon seit Jahren über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus bei ihren Bauwerken auf den Schallschutz Rücksicht.

Der Referent beantwortete dann die verschiedenen anderen Anregungen und Beschwerden von GR. Hausner.

GR. Ing. Arch. Lust dankte er für seine konstruktiven Gedanken zur Wiener Stadtplanung. Auch der Referent begrüße die Zusammenarbeit mit Niederösterreich. Leider sind die Äußerungen der Vertreter Niederösterreichs nicht dazu angetan, die Zusammenarbeit zu fördern. So hat Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kargl erklärt, daß die Autobahn nicht bis Wien hereingehen müsse. Es würde genügen, wenn sie in St. Christophen haltmacht. Dann könnten die Autofahrer ja über die staubigen Bezirksstraßen versuchen, Wien zu erreichen (Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten).

In der Frage der Kirchenbauplätze ist die Gemeinde bei dem Wettbewerb für die Siedlung in Favoriten bereits entgegengekommen.

In der Behandlung der weiteren Ausführungen des ÖVP-Redners kommt Stadtrat Heller auch auf die heikle Frage der "billigsten Angebote" zu sprechen. Auch er sei nicht der Meinung, daß das billigste Angebot immer das preiswerteste ist. So lang es aber Absprachen gibt und Kartelle, bleibt kein anderer Weg. So haben zum Beispiel die meisten Firmen für die Verglasungsarbeiten der Körperbehindertenschule in der Währinger Straße 500.000 Schilling verlangt. Nur eine einzige Firma stellte ein Angebot auf 200.000. Als man die Firmeninhabung befragte, sagte sie, man solle sie nicht verraten; sie sei aus dem Kartell ausgetreten. Ihr Gewinn bei ihrem Angebot betrage aber noch immer 20 Prozent (Stadtrat Afritsch (SPÖ): Beim Flughafenbau war es noch viel ärger, da hat es sich um Millionen gehandelt!) Eine andere gut renommierte Firma hat schließlich sogar ein Angebot um nur 120.000 Schilling gestellt. Dieser Firma werden wir die Arbeiten geben. Der Stadtrat ersuchte die ÖVP-Fraktion, auf die Firmen einzuwirken, daß sie ehrliche Preise mit einem bürgerlichen Gewinn erstellen.

Der Referent versicherte auch, daß das Bauamt nicht die Absicht habe, bei seinen Planungen Geheimniskrämerei aufkommen zu lassen. Das Planen und Bauen in Wien könne keine partipolitische Frage sein, sondern eine Frage der Vernunft, der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit (Allgemeiner Beifall).

Stadtrat Heller dankte dem Redner der SPÖ für seine klugen und tieferschürfenden Betrachtungen, die wertvolle Anregungen gegeben haben. Er werde diese Anregungen gerne aufnehmen. Abschließend versicherte der Referent, daß sich das Stadtbauamt auch im kommenden Jahr bemühen werde, Wien in beulicher Hinsicht zu verbessern.

(Allgemeiner Beifall).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VI. Hauptstückes einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 22. Dezember bis 11. Jänner

18. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 22. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Kammermusikabend; Convivium Musicum Vindobonense, Leitung Gerhard Kramer (Dufay: Messe; Schütz: Weihnachts- historie)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 16.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Adventstunde
Samstag 27. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 6. Abonnement- konzertes des n.ö. Tonkünstlerorchesters Dirigent Hans Swarowsky
Sonntag 28. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittagskonzert; Christa Ludwig (Alt), Robert Charlebois (Tenor), Dirigent Hans Swarowsky (Mozart: Linzer-Symphonie; Mahler: Das Lied von der Erde)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Kammermusikabend; Friedrich Gulda (Klavier), Bläservereinigung der Wr. Philharmoniker (Haydn, Mozart, Beethoven, Brahms)
Montag 29. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Konzert blinder Künstler
Dienstag 30. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: Weihnachtliche Musik; Orchester und Solisten der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (Schütz: Weihnachts-Historie)
Mittwoch 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)
Donnerstag 1. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Wiederholung vom 31. Dezember)

Datum:	Saal	Veranstaltung:
Samstag 3. Jänner	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Liederabend Oskar Czerwenka, am Flügel Gustav Cerny (Schubert: Die Winterreise)
Sonntag 4. Jänner	Gr.M.V.Saal 16.00	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Sonntagsakademie; Philharmonia Hungarica, Janos Starker (Cello), Dirigent Massimo Freccia (Rossini: Ouverture "Le Cenerentola"; Dvorak: Cellokonzert h-moll; Tschaikowsky: 4. Symphonie)
Dienstag 6. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Öffentl. Generalprobe zu "Das Buch mit sieben Siegeln", Dirigent Heinz Wallberg)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus IV; Wr. Konzert- hausquartett (Haydn, Mozart, Beet- hoven)
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien Chor-Orchesterkonzert; Gr. Wr. Rund- funkorchester, Chor von Radio Wien, Mimi Coertse (Sopran), Theresa Stich- Randall (Sopran), Christa Ludwig (Alt), Fritz Uhl (Tenor), Walter Berry (Baß), Dirigent Miltiades Ceridis (Haydn: "Die Rückkehr des Tobias", Oratorium)
Mittwoch 7. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Chor-Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Singverein, Wilma Lipp, Christa Ludwig, Julius Patzak, Walter Berry, Stephan Kosso, Fritz Wunderlich (Gesang), Dirigent Heinz Wallberg (Schmidt: Das Buch mit sieben Siegeln)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 4. Aufführung des Tanzspiels "Christine und der Wanderzirkus" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
Mittwoch 7. Jänn.r	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Orchester der Musikalischen Jugend, Dirigent Gerhard Kramer (Mozart: Symphonie KV 318; Bartok: Bratschenkonzert; Dvorak: 5. Symphonie)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 7. Jänner	Schubertsaal (KH) 19.30	Österr. Kulturvereinigung: Vortrag Ernst Krenek
Donnerstag 8. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Schmidt: Das Buch mit sieben Siegeln (Wiederholung vom 7. Jänner)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Wiener Sängerknaben
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Celloabend Janos Starker, am Flügel Günter Ludwig (Locatelli, Bach, Beethoven, Hindemith)
Samstag 10. Jänner	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert, Dirigent Rafael Kubelik (Dvorak: Sympho- nische Variationen; Bruckner: 6. Symphonie)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 7. Abonnement- konzertes des n.ö. Tonkünstler- orchesters, Dirigent Gustav Koslik
	Kammersaal (MV) 19.30	Hugo Wolf Gesellschaft: Liederabend Hans Duhan
Sonntag 11. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert, Dirigent Rafael Kubelik (Wiederholung vom 10. Jänner)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 7. Sonntag-Nachmittagskonzert; Elaine Weldon (Violine), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Smetana: Die Moldau; Bruch: Violinkonzert; Reger: Hiller-Variationen)
	Kammersaal (MV) 19.30	Klavierabend R. Bilson
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus III; Kammer- orchester der KHG, Wr. Kammerchor, Ilona Steingruber (Sopran), Helmut Krebs (Tenor), Dirigenten Michael Gielen und Ernst Krenek (Krenek, Britten, Blecher)
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien: Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Ruslana Antonowicz (Klavier), Diri- gent Hans Swarowsky (Mortari: Arioso und Toccata; Rachmaninoff: 3. Klavier- konzert; Blecher: Orchestervariationen)

Hermann Meynert zum Gedenken
=====

18. Dezember (RK) Auf den 20. Dezember fällt der 150. Geburtstag des Schriftstellers, Journalisten und Historikers Hermann Meynert. In Dresden geboren, war er schon als Student literarisch tätig und machte sich als Lyriker, Novellist, Satiriker und Kritiker einen Namen. In der Folge befaßte er sich mit der populären Geschichtsdarstellung und übersiedelte 1836 nach Wien, wo er Hauptmitarbeiter von Bäuerles Theaterzeitung wurde. Weiters lieferte er verschiedene Beiträge für den Verlag Hartleben und veröffentlichte auch eigene Werke, von denen einige für Unterrichtszwecke bestimmt waren. Später schrieb Hermann Meynert für die Wiener Zeitung, deren Redaktion er mehrere Jahre hindurch angehörte. Nach seinem Ausscheiden führte er das Leben eines eifrigen Privatgelehrten und starb am 10. März 1895 in Wien. Sein Sohn Theodor Meynert war einer der bedeutenden Vertreter der Wiener Medizinischen Schule.

- - -

Rindernachmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 5 Ochsen, 1 Kuh, 1 Kalbin, Summe 7. Neuzufuhren: Inland 6 Ochsen, 8 Stiere, 40 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 58. Gesantauftrieb: 11 Ochsen, 8 Stiere, 41 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 65. Verkauft wurden: 6 Ochsen, 8 Stiere, 12 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 30. Unverkauft 5 Ochsen, 29 Kühe, 1 Kalbin, Summe 35.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche 0. Neuzufuhren: Inland 207, Bulgarien 310, Polen 239. Gesantauftrieb: 756. Verkauft: 713, unverkauft Inland 43. Marktverkehr ruhig. Inländische Schweine notierten von 13.50 bis 14 S, bulgarische von 13 bis 13.30 und polnische von 13 bis 13.60 S.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische
Angelegenheiten

18. Dezember (RK) Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) referierte nun über die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Der Referent besprach die einzelnen Abteilungen, die seiner Gruppe unterstehen. Die Plan- und Schriftenkammer habe ständig steigende Aufgaben. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden bereits mehr Pläne und Karten abgegeben als 1957.

Die öffentliche Beleuchtung hat in diesem Jahr 4.800 neue Lichtstellen geschaffen. Ende 1958 werden ungefähr 77.300 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb sein, davon noch 4.650 Gaslaternen. Von den wichtigsten Neubauten nannte der Referent die Ringturnkreuzung, die Weißgärber Lände, den neuen Teil der Siedlung Wienerfeld-West, den Hohenfelsplatz u.a. 190 Gaslaternen konnten eliminiert werden, 1.400 Lichtstellen wurden umgebaut. Hier sind zu nennen: Kärntner Straße, Stephansplatz, Gürtel, Laxenburger Straße, Columbusplatz, Wallensteinstraße und Triester Straße. In den Randgebieten wurden 1.000 neue Lichtstellen installiert. 2.500 Straßenleuchten wurden auf Drehstrom umgebaut.

Am 29. September konnte die 75.000ste Wiener Straßenlampe an der Gürtelkreuzung im 9. Bezirk feierlich eingeschaltet werden. Die neuen Gasentladungslampen seien im Vordringen.

Ferner hat die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung die Installation für vier neue Verkehrslichtsignalanlagen durchgeführt sowie zwei Anlagen umgebaut. Im kommenden Jahr soll das Natriumdampflicht für die Wiener Ausfallstraßen stärker verwendet werden. Die äußere Simmeringer Hauptstraße und die äußere Triester Straße sollen eine solche Beleuchtung bekommen. Für später wird auch ein Umbau der Dientalstraße erwogen.

Bei Baustofflagerungen im Zuge von Bauarbeiten wird der Verkehrsraumnot entsprechend schärfster Maßstab hinsichtlich der Fläche und der Zeit angelegt. Es muß aber gleichzeitig verlangt werden, daß auch diesen provisorischen Verkehrszeichen die gleiche

Rechtswirkung zukommt wie den stabilen.

Bei den Grundabteilungen wurde die Beobachtung gemacht, daß der Auflösungsprozeß ehemals landwirtschaftlich genutzter Flächen, zum Beispiel von Weinbaugründen, in den Außenbezirken ständig fortschreitet.

Es wäre wünschenswert, das bestehende Verbot zur Errichtung von Kiosken jeder Art streng einzuhalten. Die noch vorhandenen Kioske wären auf den Aussterbeetat zu stellen. Desgleichen wären Zeitungsstände fester Art, Automaten, Ankündigungstafeln und ähnliches von öffentlichen Verkehrsflächen zu verbannen. Der steigende Verkehr und ein angemessenes Straßenbild erfordern alle Maßnahmen zur Sichtverbesserung.

In den Bezirken 1 bis 9 und 20 wurden in den Berichtsjahr für die Errichtung von 1.968 Wohnungen die Baubewilligungen und für 2.172 Wohnungen die Benützungsbewilligungen erteilt. In den Bezirken 10 bis 19 und 21 bis 23 wurden im Jahre 1958 Baubewilligungen für zirka 6.400 Wohnungen erteilt und zirka 3.900 der Benützung übergeben. Die Zahl der bewilligten Wohnungen liegt hier um acht Prozent über der des Vorjahres, während die Zahl der Benützung um nahezu 8.5 Prozent gesunken ist. Daraus ist zu folgern, daß sich das Fertigstellungstempo der Wohnhausbauten verlangsamt hat. Gleichzeitig läßt die Diskrepanz zwischen bewilligten und benützbargemachten Wohnungen erkennen, daß der Bedarf an Neubauwohnungen in Privat- und Genossenschaftshäusern unvermindert anhält, aber mangels an Arbeitskräften und Material noch immer nicht in vollen gewünschten Ausmaß durchgeführt werden kann. In diesen 13 Außenbezirken liegt die Zahl der zu räumenden Wohnungen um sieben Prozent über der des Vorjahres, woraus das Tempo des Verfalles der Althäuser zu entnehmen ist.

Es muß angenommen werden, daß in diesen 13 Außenbezirken zirka 6.600 unbefugt errichtete Baulichkeiten bestehen. Ihre Zahl wäre um ein bedeutendes höher, wenn nicht ein kleiner Teil durch nachträgliche Baubewilligungen konsensfähig gemacht werden könnte. Das Bemühen der Baupolizei geht natürlich dahin, diese ganze unbefugte Bautätigkeit zu unterbinden. Die Zahl der aufgegriffenen Fälle beläuft sich im Jahre 1958 auf 650. Das zähe Bemühen der Baupolizei blieb nicht ohne Erfolg, und es kann angenommen werden, daß diese unerwünschte Bautätigkeit gegenüber früheren Jahren um

20 Prozent zurückgegangen ist. Der Baupolizei käme auch dadurch mehr Erfolg zu, wenn von seiten der Siedlerverbände dahingehend aufklärend gewirkt würde, daß der Aufwand an Geld und Arbeitszeit nur dann gesichert ist, wenn das Objekt mit Bewilligung der Baubehörde errichtet wird.

Beim Erwerb von den für die Stadt Wien erforderlichen Grundflächen im Tauschweg waren keine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Anders verhält es sich jedoch beim Ankauf der Liegenschaften durch die Gemeinde, da hier eine vielfach vorhandene Diskrepanz in der Schätzung der Werte oft nicht leicht zu beseitigen ist. Im Berichtszeitraum wurden einschließlich von Gebieten außerhalb Wiens rund 3,4 Millionen Quadratmeter Grundflächen erworben und rund 259.000 Quadratmeter abgegeben.

Bei der Magistratsabteilung 43 - Friedhöfe wurde das von der Betriebsleitung schon seit Jahren angestrebte Ziel der wirtschaftlichen Selbständigkeit im laufenden Jahr erreicht. Die erwarteten Einnahmen und die notwendigen Ausgaben werden sich heuer mit rund 45 Millionen Schilling die Waage halten. Damit ist gleichzeitig das Volumen der jährlichen Gesamteinnahmen gegenüber dem Jahre 1937 auf das Achtfache gestiegen, das heißt, der Friedhofsbetrieb konnte die wirtschaftliche Kapazität der Vorkriegszeit erlangen. Die Gebühren sind jedoch keinesfalls achtmal, sondern durchschnittlich nur dreieinhalbmal so hoch wie vor dem Kriege. Die öfters geäußerte Meinung aus **Bevölkerungskreisen**, die Friedhofsgebühren seien unverhältnismäßig hoch, wird damit eindeutig widerlegt, denn eine Valorisierung um das Dreieinhalbfache gegenüber 1937 ist sicherlich bescheiden. Die höheren Gesamteinnahmen sind darauf zurückzuführen, daß seinerzeit noch 25 Prozent aller Verstorbenen, heute aber nur mehr sechs Prozent in billigen Schachtgräbern beerdigt werden. Der Ausfall bei dieser Gräbertype hatte einen Mehrbedarf an eigenen Gräbern, für die seit Jahren wesentlich höhere Gebühren festgesetzt sind, zur Folge. Weiters ist die Nachfrage nach teureren Grabstätten wohl als Folge der wirtschaftlichen Situation dauernd im Ansteigen begriffen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die durch die höheren Einnahmen bedingten vermehrten Arbeitsleistungen mit dem seit drei Jahren gleich geliebten Personalstand von 400 ständigen Bediensteten erbracht werden konnten.

Vor etlichen Jahren waren es noch über 600. Die Verminderung erfolgte allmählich, ohne daß für die Ausscheidenden Härten aufschienen.

Die Widmung der für Friedhofserweiterungen vorgeschlagenen Flächen wurde abgeschlossen und der Ankauf der notwendigen Privatgründe ist im Gange. Damit kann der Platzbedarf für einige Jahrzehnte gesichert werden. Einige Erweiterungen wurden zum Anlaß genommen, um eine neue Ausgestaltungsform einzuführen, die mehr Grün und weniger Stein bevorzugt. Es konnten heuer auch verschiedene Ordnungsprinzipien, wie die Benützung der Straßen in den Friedhöfen, die Lagerung von Materialien, Geräten usw. festgelegt werden. Großes Augenmerk wurde auch der Instandsetzung der Friedhöfe, besonders der Besserung der sanitären Verhältnisse zugewendet. Auch die Urnenhaine wurden vergrößert und im Ober St. Veiter Friedhof ein neuer angelegt.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, hat im Zusammenhang mit dem wachsenden Verkehr immer mehr zu leisten.

In Eisenbahnangelegenheiten hat der Magistrat als Landesbehörde an zahlreichen eisenbahnbehördlichen Verfahren im Zusammenhang mit dem Ausbau der Schnellbahn, dem Neubau zahlreicher Brücken im Zuge der Nordbahn und der Verbindungsbahn, dem Neubau des Bahnhofes Hauptzollamt mit dem Autobuszentralbahnhof, dem Neubau des Bahnhofes Floridsdorf und der Schnellbahntrasse in Floridsdorf, dem Simmeringer Verschiebebahnhof, dem Verkehrsbauwerk Südtiroler Platz und der Verbesserung der Sicherung zahlreicher schienengleicher Eisenbahnübergänge teilgenommen.

Auf dem Arbeitssektor Flugwesen war die M.Abt.46 ressortmäßig betreffend die Schaffung von Außenstart- und Landeplätzen für Hubschrauber und Durchführung von Flugveranstaltungen in Aspern, beteiligt, wobei grundsätzliche Fragen erstmalig behandelt wurde. Als technische Straßenaufsichtsbehörde war die Dienststelle bei der Projektierung für die Regulierung des Bereiches Hernalser Gürtel, Währinger Gürtel - Lazarettgasse - Zimmermannplatz - Hebragasse - Kinderspitalgasse, Alserbachstraße - Liechtensteinstraße - Nußdorfer Straße usw. beschäftigt.

Sie hat auch die Verkehrsmaßnahmen für die Großbaustellen Gürtel, Hauptzollamt usw. festgelegt. Es mußten auch Gutachten bei allen Bauvorhaben von Verkehrsstandpunkt abgegeben werden.

Als Straßenverwaltung hat die Dienststelle in den abgelaufenen neun Monaten 4.054 Verkehrszeichen und 1.251 Kettenständer neu aufgestellt, zahlreiche Fußgängerübergänge angelegt, bzw. erneuert und Bodenzeichen angebracht. Im Zusammenhang mit dem in nächsten Jahr in Kraft tretenden neuen Straßenpolizeigesetz ist die Durchführung solcher Arbeiten in erhöhtem Ausmaße zu erwarten. Dazu kommt die durch die geplante Einführung einer "Blauen Zone" notwendige Kennzeichnung und Aufstellung diesbezüglicher Verkehrszeichen.

Für Verkehrslichtsignalanlagen wurden größere Umbauarbeiten durchgeführt, so unter anderem an Urban Loritz-Platz, an der Kreuzung Gürtel - Lommsengasse, bei der Ringturnkreuzung, um einige der größten zu nennen. Auch für 1959 ist der Neubau von Verkehrslichtsignalanlagen in großer Zahl geplant.

Im Berichtszeitraum wurden 6.156 Kraftfahrzeuge einzelgenehmigt und 687 sonstige Überprüfungen vorgenommen. In erhöhtem Ausmaße mußten zahlreiche Eignungsprüfungen für Kraftfahrzeuge körperbehinderter Personen durchgeführt und für Rekursstelle des Magistrates und die Bundespolizeidirektion Wien zahlreiche gutachtliche Äußerungen über Kraftfahrzeuge, Verkehrsunfälle und Straffälle abgegeben werden.

Vor 1.977 Prüfungskommissionen legten 30.458 Kandidaten die Lenkerprüfung ab, von denen 13.511 Kandidaten reprobiert werden mußten.

Aus diesem Bericht geht zweifelsohne hervor, daß die Magistratsabteilung 46 nicht nur eine große Arbeitsleistung vollbracht, sondern auch namhafte Beträge aufgewendet hat, um die Wiener Verkehrsverhältnisse zu verbessern und trotzdem ist der Zustand nicht befriedigend. Auf die Frage nach dem Warum kann es nur eine Antwort geben: Weil es einen Großteil der Verkehrsteilnehmer an der nötigen Disziplin mangelt und die hierfür zuständigen Behörden, insbesondere die Polizei, nicht mit dem nötigen Nachdruck auf die Einhaltung der Verkehrszeichen, insbesondere der Verkehrsbeschränkungen achtet. So lange das nicht geschieht, werden alle Maßnahmen kaum einen spürbaren Erfolg zeigen. Selbst das Wirksam-

werden des neuen Straßenpolizeigesetzes wird uns nicht viel weiter bringen, wenn seine Durchsetzung in Frage gestellt ist.

Durch das Garagengesetz wurde zweifellos keine Verringerung der Parkraumnot erreicht, da die auf Grund dieses Gesetzes geschaffenen Stellplätze in wesentlichen nur in der Nacht, aber kaum bei Tag benützt werden. Durch das Aus- und Einfahren in diese Garagen kommt es aber trotz aller Vorsicht oft zu Verkehrsunfällen. Es wird daher die Errichtung von Parkgaragen, gleichgültig, ob sie über oder unter der Erde angeordnet sind, immer notwendiger. Wenn Stadtrat Slavik bemerkte, er vermisse bei Errichtung der Parkgaragen die Privatinitiative, muß gesagt werden, daß für ein derartiges Bauwerk große Mittel erforderlich sind, die sich wieder in verhältnismäßig hohen Benützungsgebühren äußern würden. Ein Großteil der Kraftwagenbesitzer könne derart hohe Gebühren aber kaum aufbringen. Der Referent schlägt eine Förderung der Errichtung der Parkgaragen in der Form vor, daß man die Vorschriften für die Errichtung einer Garage einerseits erleichtert ohne die Sicherheit zu gefährden, und darüber hinaus für die ersten fünf Jahre Grund- und Gewerbesteuerbefreiungen oder zumindest Ermäßigungen gibt.

Hinsichtlich der Parkzeitbeschränkung in einem Teil des 1. Bezirkes ist in der damit befaßten Kommission eine Lösung bereits gefunden worden. Wenn auch hier noch geringfügige Differenzen zwischen den verantwortlichen Stellen und den Vertretern der Kraftfahrerschaft bestehen, werden diese kaum mehr nennenswerte Schwierigkeiten bilden und es ist mit den Wirksamwerden dieser Maßnahmen hoffentlich in kürzester Zeit zu rechnen. Es soll ein Versuch sein, der bei Bewährung auch noch in anderen Teilen unserer Stadt Anwendung finden soll. Man muß aber auch den Mut aufbringen, das, was sich nicht bewährt, zu beseitigen und durch besseres zu ersetzen. Dieser Mut wird zweifellos ein gutes Echo bei der Wiener Bevölkerung finden.

Die Registratsabteilung 49, Stadtforstamt, konnte im Bereiche der Quellschutzforste verschiedene Grundstücke erwerben. Zur pfleglichen Bestandesnutzung der Quellschutzforste wurden Forststraßen instandgesetzt und Brücken erneuert. Die Forstverwaltung Haßwald hat eine rund 1.5 Kilometer lange Seilbahn für den Holztransport errichtet.

Die Planung und Ausführung erfolgte ausschließlich mit eigenen Kräften, wodurch ein Betrag von etwa 25.000 Schilling eingespart wurde.

Durch die verschiedenen Grundkäufe ist auch eine Vermehrung der Verwaltungsgeschäfte und forstlichen Aufgaben eingetreten, trotzdem aber von einer Personalvermehrung beim Stadtforstamt Abstand genommen worden.

Das Sägewerk der Stadt Wien in Hirschwang stellt nach wie vor einen der größten Aktivposten des Stadtforstamtes dar und schreitet seine Modernisierung - wenn auch nur kleinweise - weiter vor.

Der derzeitigen Lage am Holzmarkt entsprechend und auf Grund des aus Walderhaltungspflichten wesentlich herabgesetzten Holzeinschlages im Lainzer Tiergarten, betragen die Einnahmen der Wienerwaldforste 3,605.800 Schilling, das sind um rund 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Dem gegenüber sind die Ausgaben durch die neu hinzugekommenen, ertraglosen Verwaltungsflächen und der eingetretenen Lohnerhöhungen um rund 9 Prozent gestiegen.

Im Zuge der Bestrebungen, den Wald- und Wiesengürtel zu erhalten, bzw. diesen zu vergrößern, wurde von den Brüdern Parnegg der ehemalige Laudonbesitz in Wien 14, Hadersdorf, im Ausmaße von rund 173 Hektar erworben. So wertvoll dieser Besitz für die Bevölkerung Wiens zur Erhaltung und Verbesserung des Ausflugs- und Erholungsgebietes ist, so sind doch durch eine Reihe von Jahren weitere Aufwendungen erforderlich, um diesen durch seine Vorbesitzer stark vernechlässigten Besitz wieder zu normalisieren.

Abgegeben wurden an Grundflächen 2.05 Hektar im Lainzer Tiergarten über Beschluß des Gemeinderates vom 27.6.1958 für das Umspannwerk der Österreichischen Bundesbahnen. Die Gesamtfläche der Wienerwaldforste erfuhr sohin eine Vergrößerung von rund 5.925 Hektar auf rund 6.100 Hektar.

Von der Erweiterung des Ölhafens Lobau werden nur kleine Flächen betroffen, so daß der Verlust dieser nur spärlich und mit krüppelhaften Hölzern bestockten Waldfläche im Verhältnis zu den im Bereich der Stadt Wien liegenden Stadtforste nicht ins Gewicht fällt. Die Abholzung des städtischen Teiles des Inundationsgebietes erfolgt im Zuge eines Projektes der Donauregulierungskommission, welches eine Abgrabung zum Zwecke eines besseren Abflusses bei Hochwasser vorsieht.

Die aus verkehrstechnischen Gründen notwendige Verbreiterung der Neuwaldegger Straße und die Errichtung eines Fußgängerdurchganges erfordert auch eine Verlegung des Baches in Schwarzenbergpark.

Entlang der Höhen- und Exelbergstraße wurden neue Parkplätze angelegt, um den heutigen Stand der Motorisierung der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Der Lainzer Tiergarten wies in der heurigen Saison eine Besucherzahl von 173.790 auf. Am Hirschgstamm wurde an Stelle des abgebrochenen, baufälligen Gasthauses ein schönes, in die Landschaft passendes Rasthaus errichtet. Dieses ist bis auf die Inneneinrichtung fertig und kann im kommenden Jahr mit ersten Besuchstag für die Besucher geöffnet werden.

Stadtrat Lakowitsch kommt sodann auf die Autobahneinfahrt Wien-Ost zu sprechen. Er spricht die Hoffnung aus, daß sie nicht vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen oder aber um höhere Durchschnittsgeschwindigkeiten zu erzielen, durch den Lainzer Tiergarten geführt wird. Solchen Absichten müßte man energischen Widerstand entgegensetzen. (Allgemeiner Beifall.)

Die Wohlfahrtsaufforstung am Lecker Berg, die schwierigste forstliche Aufgabe, die dem Stadtforstamt je gestellt wurde, kann als gelungen und beendet angesehen werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 600.000 Schilling. Eine wesentliche Erweiterung dieser Wohlfahrtsaufforstung ist im Rahmen der neuen Stadtplanung vorgesehen.

Die Wünsche des Stadtforstamtes auf Freimachung des Wald- und Wiesengürtels von wilden Siedlungen, wie zum Beispiel Exelberg und die Erhaltung der städtischen Lobau als Erholungs- und Ausflugsgebiet der Wiener Bevölkerung, besonders aber der Bewohner der Bezirke Leopoldstadt, Brigittenau, Floridsdorf und Donaustadt, die in der Mehrzahl ihr Leben in einer industriellen oder stark verbauten Umwelt verbringen müssen, können vom Stadtforstamt allein nicht erfüllt werden. Deshalb wird im Hinblick auf die Wohlfahrtsaufgaben der Wälder im Allgemeinen und auf die Aufgaben, die den Wäldern um Wien im Rahmen der Stadtplanung in Besonderen zugeordnet sind, um Verständnis und Mithilfe aller beteiligten Stellen gebeten.

Stadtrat Lakowitsch dankt abschließend allen Mitgliedern

seines Ausschusses für die stets von größter Sachlichkeit getragene Mitarbeit sowie allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe. Er richtet an alle die Bitte, auch im Jahre 1959 alle Kräfte in dem jeden einzelnen zugewiesenen Arbeitsgebiet im Dienste unserer Vaterstadt einzusetzen. (Allgemeiner Beifall.)

Debatte über Geschäftsgruppe VII

GR. Kronberger (VO) meint, daß gerade die Arbeit dieser Geschäftsgruppe von großem Interesse für die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt ist, geht es doch in dieser Gruppe um die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels, die Bekämpfung der Lärmpolage, die Regelung des Verkehrs im Sinne des Fußgängers usw.

Zun Kapitel Autobahn stellt er fest, daß man hier über die Einfahrt nach Wien verschiedene Versionen in den Zeitungen gelesen hat. Im Gemeinderat selber sei bedauerlicherweise darüber nicht berichtet worden. Er könne hier nur die Ausführungen des Stadtrates Lakowitsch unterstreichen, daß man diese Einfahrt keineswegs durch den Lainzer Tiergarten führen dürfe.

Er kommt dann auf den Kauf der Schwarzenberggründe durch die Gemeinde Wien zu sprechen. Beim Ankauf dieser Gründe wurde eine Ausgestaltung des Gebietes versprochen, das Schlagen der alten, morschen Bäume usw. Leider hat man bisher außer der Reinigung der drei Teiche nichts unternommen. Man hat nicht die alten, morschen Bäume gefällt, sondern Nutzholzschlägerungen durchgeführt. Von einer Aufforstung kann überhaupt keine Rede sein. Leider habe die Gemeinde Wien auch einige Wiesen verpachtet, die nun mit Draht eingezäunt sind. Man trägt sich also anscheinend nicht mit der Absicht, hier ein Erholungsgebiet zu schaffen.

Wenn es Stadtrat Lakowitsch ernst ist mit seinem Kampf gegen die Lärmpolage, dann solle er dies durch Taten beweisen, aber nicht nur den Mopeds die Schuld geben. Der Redner schlägt auch eine Studienkommission vor, die sich mit den Fragen der Luftverpestung in der Großstadt beschäftigen soll. Er kritisiert ferner, daß ein echter gesetzlicher Schutz für die Fußgänger nicht Wirklichkeit geworden ist.

Der Redner behandelt dann einige Verkehrsprobleme und urgiert die Schaffung von Verkehrssignalanlagen. Er verlangt Auskunft, wie es nun um das Parkverbot in Straßen mit Straßenbahngleisen und um die "Blaue Zone" steht.

Die Baupolizei müsse im Interesse der Wiener klaglos funktionieren. Dies war leider auch im Laufe dieses Jahres nicht immer der Fall.

Bei der Besprechung der öffentlichen Beleuchtung, wendet sich der Redner gegen die Vernachlässigung der Außenbezirke. Er verlangt ferner, daß man die teuren Gaslaternen durch die im Betrieb billigeren elektrischen Lampen ersetzt.

Bei dieser Geschäftsgruppe könne man nur den braven Angestellten danken. Angesichts der vielen negativen Seiten bei der Amtsführung, gebe die VO-Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe nicht die Zustimmung.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) spricht zuerst über die öffentliche Beleuchtung und meint, es sei bei den herrschenden Sicherheitsverhältnissen in unserer Stadt erfreulich, daß für das nächste Jahr größere Mittel für die Straßenbeleuchtung bewilligt wurden. In den USA wurde der Satz geprägt, daß zwei Lampen einen Polizisten ersetzen.

Bei der Baupolizei gehe es um die Norm des richtigen Bauens. Gute und qualifizierte Kräfte sind hier von grundlegender Bedeutung. Leider herrsche bei der Baupolizei ein empfindlicher Personalmangel. Gerade bei dieser Abteilung wäre es jedoch wichtig, rasch und zielbewußt zu handeln. Er spricht dann auch über den Lärm. Bei einer Untersuchung wurde festgestellt, daß ein Drittel der Wiener Bevölkerung durch den Lärm gestört ist. Die gesetzlichen Möglichkeiten reichen leider zum Teil nicht aus oder werden nicht streng genug gehandhabt. Man dürfe aber nicht nur von Amts wegen den Lärm verbieten, sondern auch sagen, wie man den Lärm zum Beispiel in einem Gewerbebetrieb ausschalten kann.

Die Friedhöfe unserer Stadt könne man nicht nur als finanzielles Problem sehen. Wenn die Friedhöfe die allgemein erwünschte Form und Gestaltung erhalten sollen, so kann das nicht nur aus der laufenden Gebarung der Friedhöfe allein geschehen. Die Erhaltung der Friedhöfe ist eine Gemeinschaftsleistung. Als Grundlage für ihre Gestaltung gilt: Ordnung und nicht Willkür, Kunst und nicht Kitsch, eine christliche Grundhaltung und nicht Nihilismus. Wie man die Toten ehrt, so regiert man die Lebenden. Auch die Friedhöfe gehören zum sozialen Grün.

Der Wald- und Wiesengürtel mußte schon große Verluste auf sich nehmen. Die wilden Siedler haben der Stadt große Bestände des Luftreservoirs gekostet. Es müßten Möglichkeiten geschaffen werden, um diesen Bauwillen in die richtigen Bahnen zu lenken. Jeder Bauwillige muß auch die wirtschaftliche Baumöglichkeit erfüllen können. Daher ist eine grundsätzliche Voraussetzung eines Bodenbeschaffungsgesetzes - das aber nicht zu einem Enteignungsgesetz nur für den Kapitalstarken, zum Beispiel die öffentliche Hand, werden darf -, daß jeder Bauwillige öffentliche Mittel in Anspruch nehmen kann. Aber sogar die Gemeinde Wien hat noch vor wenigen Jahren im Wald- und Wiesengürtel bei Heuwaldegg gebaut.

Eine unserer größeren Sorgen muß es sein, daß die Westeinfahrt der Autobahn uns nicht neuerliche Bestände des Wald- und Wiesengürtels kostet. Sollte dies der Fall sein, dann muß auch dieses kleine Opfer ersetzt werden. Die Möglichkeit ist ohne weiteres dazu gegeben, denn der sogenannte Deutsch-Ordenswald wäre um einen verhältnismäßig geringen Betrag zu erwerben.

In Verkehrsproblemen wird ein besonderes Anliegen unserer Stadt sichtbar. Voraussetzung der Verkehrsplanung ist aber die Strukturplanung. Ein Großteil der Verkehrsprobleme unserer Stadt ist durch eine falsche, bzw. versäunte Strukturplanung entstanden. Man hat bisher meist nur die Entflechtung gesehen. Eine Grundvoraussetzung einer richtigen Verkehrsplanung ist aber die Strukturplanung einer zweckmäßigen und sinnvollen Verflechtung. Es ist zweckmäßiger, Wohnviertel und Arbeitsstätten nebeneinander zu legen. Auch die Assenierung gibt uns die Möglichkeit, unnötige Verkehrserreger auszuschalten. Klarheit in der Durchführung ist eine weitere Voraussetzung jeder vernünftigen Verkehrsregelung. Das Fehlen von Plänen auf lange Frist hat den Bau der Opernkreuzung unnötig verteuert und am Ringturn einen zusätzlichen Verkehrserreger geschaffen. Auch die Lösung der zweiten Verkehrsebene ist hier von grundlegender Bedeutung. Man hat sich vorläufig mit einer zweiten Auflage der Stadtbahn geholfen, die sicherlich einen Teil der Fahrgäste von den neuralgischen Punkten im Stadtkern abziehen wird. Aber auch die bestehenden wirtschaftlichen Zentren der Stadt fordern ihr Recht.

Die Einführung der "Blauen Zone" ist ein glücklicher Gedanke. Vor fünf und zehn Jahren hätte man beim Parkproblem noch manches richten können, was heute schwierig ist. Damals wurde auf unsere Vorstellungen erklärt, der Höhepunkt der Motorisierungswelle ist überschritten. Auf diesem Standpunkt ist die Gemeindeverwaltung noch vor zwei Jahren gestanden. Heute spricht die Öffentlichkeit von einem Chaos auf der Straße. Wenn jemand in diesem Haus etwas vom Verkehrschaos sagt, herrscht große Aufregung. Aber nunmehr ist auch die "Arbeiter-Zeitung" daraufgekommen. Wir hoffen, daß sich ihre Ausführungen herumsprechen.

Überall geht es darum, nicht bloß Augenblicksfragen zu lösen. Nur wenn wir voraus denken und voraus planen, haben wir unsere Pflicht unserer schönen Wienerstadt gegenüber getan. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Sailer (SPÖ) führt manche Schwierigkeiten bei der Tätigkeit der beupolizeilichen Abteilungen auf den Personalmangel, aber auch auf mangelhafte Einreichungen der Bauwerber oder darauf zurück, daß die Bestrebungen der Beupolizei, ein technisches Gutachten zu bekommen, nicht unterstützt werden oder ihnen sogar Widerstand entgegengesetzt wird.

Es ist erfreulich, daß in Wien heute viel gebaut wird, doch haben sich die Grundpreise in den letzten Jahren mindestens verdoppelt. Abhilfe kann da nur durch ein vom Nationalrat zu beschließendes Bodenbeschaffungs- sowie Assanierungsgesetz geschaffen werden. Es ist unverständlich, daß dieses von allen Gebietskörperschaften dringend verlangte Bodenbeschaffungsgesetz mit einem anderen Gesetz gekoppelt werden soll, mit dem es praktisch nicht zu tun hat. Das Bodenbeschaffungsgesetz kann nur dann wirksam werden, wenn es Bestimmungen enthält, nach denen einem Grundbesitzer, der Baugrund nicht widmungsnäßig verwendet, dieser gegen Entgelt enteignet werden kann.

Auf dem Verkehrssektor bemängelt der Redner das Fehlen eines ausreichenden Fußgerschutzes, besonders auf den Zebrastreifen. Man müsse GR. Dr. Fiedler darauf aufmerksam machen, daß die Mittel für die von ihm genannten U-Bahn-, bzw. Hochstraßenbauten, in Berlin vom Bund und in Brüssel vom dortigen Handelsministerium bereitgestellt wurden.

Viel wurde auch über die Mariahilfer Straße gesprochen und ihr Umbau als unzureichend bezeichnet. Die Mariahilfer Straße würde, abgesehen von den Fußgängerübergängen, auch heute noch den Verkehr voll genügen, erließe man ein Halte- und Parkverbot. Die Kapazität könnte dadurch um rund 50 Prozent erhöht werden.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Prutscher über die Verzögerung des Baues der Opernpassage verweist der Redner darauf, daß die Mandatare der ÖVP im zuständigen Gemeinderatsausschuß gegen den Bau waren, weil Bezirksvorsteher Friesinger eine Unterführung, ähnlich der an Matzleinsdorfer Platz, als zweckmäßiger erachtete.

Als sehr erfreulich bezeichnet der Redner die Aufforstung auf dem Laaer Berg, die nach einem Mißerfolg nun doch gelungen ist. Der Favoritner Bevölkerung wird damit ein neues Erholungsgebiet erschlossen.

Zur Einfahrt der Autobahn nach Wien verweist GR. Sailer darauf, daß es keine Stelle in der Wiener Gemeindeverwaltung gibt, die sich mit der Absicht trägt, die Autobahn durch den Lainzer Tiergarten zu führen.

GR. Sailer meint, daß es zweckmäßig wäre, die städtische Bestattung der Friedhofsverwaltung anzugliedern. Es würde dadurch ein einheitlicher Organisationskörper geschaffen werden. Bezüglich der von Referenten erwähnten 1,2 Millionen Schilling Wertabschreibungen und daß diese in den Gemeindegeldbeutel fließen, wirft der Redner die Frage auf, ob die Grundankäufe für die Friedhofserweiterungen von der Friedhofsverwaltung oder einer anderen Abteilung getätigt werden. Geschieht es nicht durch die Friedhofsverwaltung, so könne man diese 1,2 Millionen Schilling kaum als eine Subvention an den Finanzreferenten bezeichnen.

Sehr erfreulich seien die niedrigen Friedhofsgebühren, ebenso das Bestreben der Friedhofsverwaltung, die Friedhöfe zweckmäßiger und schöner zu gestalten. Die Handhabe hierzu liefert die vor kurzem beschlossene Friedhofsordnung.

Es ist zu begrüßen, daß die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung im Jahre 1959 radikal daran gehen wird, die vorhandene Gasbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Wohl geht damit ein Stück alte Wiener Romantik verloren. Beim Umbau wird jedoch weitgehend darauf Rücksicht genommen werden, das alte Stadtbild zu wahren. Die Umstellung bringt Einsparungen bis zu 75 Prozent mit sich. Eine Benachteiligung der Außenbezirke auf diesem Sektor, die GR. Kronberger feststellen zu können meinte, sei nicht gegeben. Von den 4800 Leuchtstellen sind 1000 in den Randbezirken. Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen werde. (Beifall bei der SPÖ).

StR. Lakowitsch stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Aufforstung des Gebiets des Oder-Donau-Kanales durchgeführt wird, ebenso sollen die Schwarzenberggründe eine Zierde unserer Stadt werden. Leider sei es so, daß nicht immer alles auf einmal getan werden kann.

Die Autobahn soll nach vorläufigen Plänen am nördlichen Rand der Tiergartenmauer geführt werden, wobei einige Stücke des alten Tiergartens, die der Öffentlichkeit auch jetzt nicht zugänglich sind und auf denen sich einige alte Baulichkeiten befinden, herangezogen werden müßten. Seinen Warnruf habe er nur für alle Fälle als vorbeugende Maßnahme ausgestoßen, damit die Techniker nicht in Versuchung kommen, den Tiergarten in ihre Pläne einzubauen.

Zur Lärmbekämpfung ist zu sagen, daß die Gemeindeverwaltung hierbei keinerlei Handhabe besitzt. Das sei allein Aufgabe der Polizei. Das gleiche gelte für den Schutz der Fußgänger. Auch hier sei die Gemeinde nicht befugt, Gesetze zu erlassen.

Stadtrat Lakowitsch bezeichnet es als richtig, daß man die Aufstellung einer Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Felberstraße - Johnstraße hätte bereits im heurigen Jahr durchführen wollen. Leider war dies nicht möglich, da dort auch die Straße umgebaut werden soll und eine Koordinierung beider Projekte zweckmäßig ist.

Auch die "Blaue Zone" falle nicht in die Kompetenz seiner Geschäftsgruppe.

./.

Der Vorwurf gegen die Baupolizei, betreffend das Haus Linke Wienzeile 47, müsse zurückgewiesen werden. Der Redner weist an Hand von genauen Daten nach, daß die Baupolizei ihre Erhebungen sehr rasch gepflogen und Befunde ausgearbeitet hat, sodaß es schließlich zur Räumung kam.

Zum Vorwurf des GR. Kronberger, daß die Friedhofsverwaltung die Preistreiberei besonders vor Tagen, an denen viele Blumen für die Grabstätten gekauft werden, unterstütze, müsse man zurückweisen. Die Friedhofsverwaltung verfüge selbst über keine Blumenstände und könne daher auch nicht auf den Preis einwirken.

Zur Kritik, daß die Außenbezirke bei der Beleuchtung benachteiligt werden, hat GR. Sailer bereits Aufklärung gegeben. Außerdem gibt es in den Randgebieten vielfach Wege, die den Siedlungsgenossenschaften gehören und wo daher die Gemeinde keine Veranlassung und kein Recht hat, Beleuchtungskörper zu errichten.

Zu den Ausführungen des ÖVP-Redners bemerkt der Referent, daß er wegen des Parkverbotes in Straßen mit Gleisen einen Kompromißvorschlag gemacht habe. Das Parkverbot solle nur in der Nacht gelten und bei Tag nur in Falle eines "Schneenotstandes". Dagegen bestehen zwar juristische Bedenken, er glaube aber, man könne es trotzdem probieren. Wenn sich die Autobesitzer nicht daran halten, dann könne man noch immer die volle Strenge des Gesetzes anwenden.

Er freue sich, daß der SPÖ-Redner die Tätigkeit der Baupolizei anerkannt hat und den Personalmangel einsieht. Es sei richtig, daß die Grundpreise steigen, sodaß gesetzliche Maßnahmen notwendig erscheinen. Doch müsse sich gerade die Gemeinde Wien an die amtlichen Schätzungen halten. Wenn die Grundverkäufer wissen, daß sie bei der Gemeinde Wien nicht ankommen, würden sie die amtlichen Preise akzeptieren.

Was die Zebrastrifen betrifft, so müssen wir trachten, den Fußgänger zu schützen. Wir müssen uns den Kopf darüber zerbrechen, um alles nach bestem Wissen und Gewissen zu ordnen. Wir müssen überhaupt auch in Verkehrsfragen noch immer den Menschen in den Mittelpunkt aller Erwägungen und Überlegungen stellen. In diesem Jahr wurde der Christkindmarkt vor dem Messepalast verlegt und prompt schrieb eine Wiener Zeitung abfällig darüber, weil der Parkraum geschmälert werde. Ja, nur mehr das Auto? ruft der Referent aus. Hüten wir uns, einer solchen Entwicklung Raum zu geben! Gott sei

Dank haben wir noch ein Herz im Leib und keinen Zylinder mit auf- und abgehenden Kolben.

Der Referent schließt sich auch der Meinung von GR. Sailer an, daß es zweckmäßiger wäre, wenn die Bestattung zur Friedhofsverwaltung gehörte. (GR. Bock (SPÖ): Wenn Sie sich mit Nathschläger einigen, bitte!)

Abschließend ersucht Stadtrat Lakowitsch den Gemeinderat nochmals, den Ansätzen seiner Gruppe zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

46 Puppenmütter im Stadtpark

18. Dezember (RK) 23 Wiener Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren erhielten heute nachmittag im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" aus der Hand des Vizebürgermeisters Honay "Adoptionsurkunden" für ihre Puppenkinder, die sie jetzt vor einem Jahr im Auftrag des Wiener Jugendamtes in Pflege übernommen haben. Der Ehrgeiz der kleinen Pflegenütter, ihre Puppen sauber zu halten, wurde belohnt: die Puppen durften sie als Weihnachtsgeschenk behalten.

Zugleich wurden an 23 neue "Pflegenütter" Puppen in Pflege gegeben mit dem Auftrag, sie mögen von den Mädchen mit der gleichen Sorgfalt und Liebe betreut werden, wie es ihre Vorgängerinnen getan haben. Der kleinen Feier im Stadtpark wohnten mehrere Gemeinderäte bei.

- - -

Mehr Verkaufsstände auf dem Christbaummarkt
=====

18. Dezember (RK) Bis zum 16. Dezember haben insgesamt 435 Wiener Christbaumhändler ihre Standplätze bezogen. Die Zahl der angemeldeten Detailverkäufer ist somit heuer etwa um zehn Prozent höher als im Vorjahr. Wie alle Jahre wird sich in den letzten Tagen vor Weihnachten die Zahl der Verkaufsplätze noch um einige Dutzend erhöhen.

Nach den Wahrnehmungen des Marktamtes war bis jetzt die Nachfrage sehr mäßig. Der Großteil der angebotenen Bäume ist mittelguter Qualität. Auffallend ist das große Angebot von über zwei Meter hohen Tannen, obwohl meistens nur Tannen bis zu ein-einhalb Meter gewünscht werden. Bei den kleineren Bäumen, sowie bei Tannen über zwei Meter sind gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Preiserhöhungen zu beobachten. Auch die Preisspannen bei Fichten bis zu zwei Meter blieben fast unverändert. Die Preisentwicklung in den letzten Tagen vor Weihnachten wird sich auch heuer nach der Kauflust und der noch zu erwartenden Anlieferungen des Großhandels richten. Mengenmäßig dürfte auch heuer die Anlieferung - rund 90.000 Tannen und 260.000 Fichten - ausreichen.

- - -

Polnische Gäste im Wiener Rathaus
=====

18. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay empfing heute im Wiener Rathaus eine offizielle Abordnung aus Polen, die anlässlich der Inbetriebnahme der neuen AUA-Fluglinie Wien - Warschau zu einem zweitägigem Aufenthalt nach Wien gekommen ist. Mit den Gästen aus Warschau hatten sich die Geschäftsträgerin der polnischen Botschaft in Wien Jurys und der österreichische Botschafter in Warschau Dr. Verosta sowie leitende Beamte der AUA im Rathaus eingefunden. Die Stadt Wien war durch Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger und die Stadträte Mandl und Dkfm. Nathschläger vertreten.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die Gäste im Namen der Stadtverwaltung. Der österreichischen Fluggesellschaft, sagte er, ist es in kurzer Zeit gelungen, ein ansehnliches Flugliniennetz herzustellen, das Österreich rasch und sicher mit der Umwelt verbindet. Dadurch wird erreicht, daß sich die Völker näher kommen, was von österreichischer Seite besonders begrüßt wird. Abschließend wünschte er den Polen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

Im Namen der Warschauer Gäste dankte der Generaldirektor der polnischen Fluggesellschaft LOT Andrzej Skala für den herzlichen Empfang in Wien.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Verwaltungsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen
=====

18. Dezember (RK) Über die Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, referierte Stadtrat Koci (SPÖ). Der Voranschlag zeigt für das Jahr 1959 deutlich, wieviel aus den allgemein aufgebrachtten Steuermitteln diesen betriebsmäßig geführten, bzw. als Betrieb organisierten Abteilungen dieser Geschäftsgruppe zugewendet werden muß, um allein nur die Selbstkosten der Betriebe decken zu können.

Wenn der Voranschlag für die Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, Stadtreinigung und den Fuhrpark mit Einnahmen von 233,956.800 Schilling und mit Ausgaben von 515,335.700 Schilling rechnet, so bedeutet dies einen Gebarungsabgang von 281,378.900 Schilling.

Dieser Gebarungsabgang ist selbstverständlich nicht der reine Betriebsabgang, nachdem die einmaligen Investitionen - die in Jahre 1959 104,5 Millionen betragen werden - nicht zum Betriebsaufwand gehören. Der größte Teil der Personalkosten sowie der laufende Sachaufwand sind wesentliche Posten, welche die Wirtschaftlichkeit dieser einzelnen Betriebe beeinflussen.

Die Wirtschaftlichkeitsrechnung für das Budget 1959 ergibt folgendes Bild für die Abteilung Kanalisation: Einnahmen (ohne Kanaleinmündungsgebühren) 14,864.400 S, Betriebsausgaben (ohne Kanalneubauten) 25,939.800 S, daher unbedeckte Selbstkosten 9,075.400 S.

Wie in ganz Österreich, so besteht auch in Wien auf dem Gebiete der Kanalisation - einen wichtigen Faktor für die Volksgesundheit - ein großer Nachholbedarf. Die Stadt Wien hält für diese Zwecke allein für den Sachaufwand einschließlich der Investitionen 33 Millionen Schilling bereit.

Besonders zu erwähnen ist der Unbau des Donaufelder Sammelkanales mit zwei Millionen Schilling, da der um die Jahrhundertwende hergestellte Sammelkanal in steigenden Maße Verfallserscheinungen zeigt, die die Fortsetzung des Unbaues dringend erfordern. 17 Millionen Schilling sind für Kanalneubauten budgetiert.

Hervorgehoben sei noch die in diesem Jahre abgeschlossene Knotenbacheinwölbung. Die Arbeiten wurden in heurigen Jahr nach neunjähriger Bauzeit beendet. Die Länge der eingewölbten Strecke beträgt 3.164 Meter. Die Kosten der insgesamt neun Bau Lose belaufen sich auf 9,293.475 Schilling.

Die Wasserwerke zeigen das weitaus schlechteste Ergebnis in der Wirtschaftsgebarung. Jeder Bewohner dieser Stadt erhält pro Tag 50 Liter Wasser zu dem niedrigen Kubikmeterpreis von 40 Groschen; für die über dieses vorgesehene Ausmaß hinaus verbrauchte Wassermenge werden 60 Groschen pro Kubikmeter eingehoben. Für sonstige besondere Zwecke, zum Beispiel für alle gewerblichen Betriebe, Industrien, Schrebergärten, beträgt die Wassergebühr 35 Groschen pro Kubikmeter.

Auf Grund dieser Gebühren und sonstiger Einnahmen erwarten die städtischen Wasserwerke 80 Millionen Schilling. Dem stehen Betriebsausgaben ohne Investitionen und Inventaranschaffungen von 132 Millionen gegenüber. Das ist ein Betriebsabgang von 52 Millionen Schilling.

Dazu muß gesagt werden, daß die Wassergebühren im Jahre 1937 pro Kubikmeter 30 Groschen für den Haushaltsbezug und 12 Groschen für gewerbliche Betriebe betragen, wobei es allerdings bis 1933 einen Freiwasserbezug von 35 Litern pro Kopf und Tag und bis 1944 eine Freiwassermenge von 15 Litern pro Kopf und Tag gegeben hat.

Die heutigen Gebühren betragen also nur das Doppelte, bzw. für den besonderen Wasserbezug nur das Dreifache von damals.

Die Folge davon ist, daß die den Wasserwerken in den letzten Jahren zur Verfügung gestandenen Mittel für eine ordnungsgemäße Erhaltung der Anlagen völlig unzureichend waren und der Nachholbedarf immer größer wurde. Dies ist besonders beunruhigend, weil das Trinkwasser zu den notwendigen Erfordernissen der Bevölkerung zählt.

Die städtischen Wasserwerke haben aber darüber hinaus die verantwortungsvolle Aufgabe der Wasserversorgung unserer Stadt.

Gerade im heurigen Sommer war die Lage sehr ernst und die Wasserversorgung aufs äußerste gefährdet. Zweimal mußte die Kundmachung über Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches erlassen werden. Dank der verständnisvollen Einsicht und der Disziplin der Wiener Bevölkerung gelang es, den täglichen Wasserverbrauch von 335 Liter auf 274 Liter pro Kopf herabzudrängen. Solche Einschränkungen empfindet jeder als unangenehm, vor allem deshalb, weil sie in einer Zeit erlassen werden müssen, in der am meisten Wasser benötigt wird. Aber gerade zu derselben Zeit lassen auch die Quellzuflüsse nach, besonders wenn die Trockenperiode bereits Mitte Mai begonnen hat.

Wien hat bis Oktober 1958 119,946.930 Kubikmeter Wasser verbraucht. Das ergibt ein Tagesmittel von 394.473 Kubikmeter, das sind um 11.000 Kubikmeter mehr als 1957. Die täglich verbrauchte Wassermenge pro Kopf betrug durchschnittlich 254 Liter gegenüber 247 Liter im Jahre 1957. Der Tageshöchstverbrauch wurde am 2. Juni 1958 mit 342 Liter gemessen. Das dem Verbrauch zugeführte Wasser wird, wie in den vergangenen Jahren mit 0,2 mg pro Liter gechlort.

Mit dem Erwerb der Wientalwasserleitung und dem Wientalwasserbehälter, sowie dem Großbehälter in Neusiedl hat sich die Speicherungsmöglichkeit auf 1,100.000 Kubikmeter Wasser erhöht.

Die finanzielle Lage der Stadt machte es bisher nicht möglich alle laufenden notwendigen Erhaltungsarbeiten an den Versorgungsanlagen durchzuführen. Das veraltete Rohrnetz bedarf großer Rohrauswechslungen, die bedeutenden Bauschäden an Fernleitungen, Aquädukten, Behältern und sonstigen Baulichkeiten erfordern ungeheure Geldsummen. Nur langsam kann daran gedacht werden, die immer wieder zurückgestellten Erhaltungsarbeiten teilweise nachzuholen. Für diese notwendigen Erfordernisse stellt die Stadt Wien 30 Millionen bereit und für neue bauliche Herstellungen sieht das Budget 35 Millionen vor.

Der im Jahre 1953 begonnene Bau des Großbehälters in Neusiedl mit 600.000 Kubikmeter Inhalt ist beendet und die Dichtungsproben der einzelnen Kammern sind abgeschlossen.

Die Ergebnisse der chemischen, bakteriologischen und biologischen Untersuchungen wurden bereits dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als oberste Wasserrechtsbehörde übermittelt. Die provisorische und vorläufige Benützungsbewilligung für den betriebsbereiten Behälter wurde im November 1958 erteilt. Durch diesen Probetrieb des Großbehälters im heurigen Jahr erscheint der Vollbetrieb im Jahre 1959 gesichert.

Für den Neubau eines Grundwasserwerkes in Schwarzlackenau, mit einer voraussichtlichen Leistungsfähigkeit von 20.000 Kubikmetern pro Tag oder für den Neubau eines Grundwasserwerkes in Freudenaauer Hafengebiet werden als erste Baurate 6,9 Millionen Schilling sichergestellt. Für welches Projekt das Wasserrecht zuerst erteilt wird, dessen Ausführung wird begonnen.

Die Übernahme des Betriebes der Mientalwasserleitung durch die städtischen Wasserwerke erfolgte am 1. Mai. Zur Aufrechterhaltung, bezw. Weiterführung des Betriebes wurden Arbeiter und Angestellte in den städtischen Dienst übernommen.

Die Laudonwasserleitung, die im Vorjahr in das Eigentum der Stadt Wien übergegangen ist, muß saniert und umgestaltet werden. 1,950.000 Schilling werden als erste Baurate angesetzt.

Als Maßnahmen für zusätzliche Wassergewinnung wurden in den Gebieten Moosbrunn und Ebreichsdorf für die Erstellung des Projektes einer dritten Wasserleitung Pumpversuche ausgeführt.

Auf Grund der herrschenden Wasserknappheit in den Spitzenverbrauchszeiten, besonders in den Sommermonaten werden die Forschungen nach neuen Entnahmegebieten im Wiener Bereich und außerhalb fortgesetzt. Die Verwaltung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu neuen Wasserrechten und damit zu zusätzlichen Wassergewinnungen zu kommen. Fast zwei Millionen Schilling sind dafür festgelegt.

Zum Schutze dieser neu erworbenen Quellfassungsgebiete sind immer wieder Grunderwerbungen dringend erforderlich. Die Wasserwerke haben bereits Grundstücke im Ausmaß von 22.253 Hektar als Quellschutzgebiet erworben.

Die städtischen Bäder erwarten Einnahmen von 18,4 Millionen und verausgaben 63,5 Millionen. Bei ihrer Preisgestaltung muß man von einer Sozialeinrichtung sprechen. Mit der Inbetriebnahme des neuen Sommerbades in Favoriten ist noch in der Badesaison 1959 zu rechnen. Mit dem Bau von drei Kinderfreibädern im 13., 22. und 23. Bezirk wird begonnen, und der Versuch, die überalteten Volksbäder zu modernisieren, fortgesetzt werden.

In Betrieb waren heuer 64 Bäder; 22 Warm- und Volksbäder, 3 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder und 29 Kinderfreibäder. Die Besucherzahl wies mit 1,2 Millionen gegenüber 1957 einen Zuwachs von 63.000 Badegästen auf. Der Besuch der Kinderfreibäder war um 12.700 größer als im Vorjahr. Die städtischen Warmbäder zeigen gegenüber demselben Zeitabschnitt des Jahres 1957 einen Frequenzrückgang von 242.649 Besuchern, wobei der Ausbau der sanitären Einrichtungen in Betrieben und Wohnungen eine wesentliche Rolle spielt.

Die zu reinigende Straßenfläche umfaßt 19 Millionen Quadratmeter. Durch den stärkeren Verkehr wird die Reinigung immer schwieriger. Für den Wintereinsatz stehen - außer den Spezialfahrzeugen und Maschinen - für Fremdschneearbeiter 2,5 Millionen Schilling und als Beitrag an die Wiener Verkehrsbetriebe für die winterliche Straßenbetreuung drei Millionen Schilling zur Verfügung.

Für die Instandhaltung und Beschaffung von Straßentafeln sind 700.000 Schilling vorgesehen. Für den Versuch, in Alleestraßen beleuchtete Straßentafeln anzubringen, sind 100.000 Schilling veranschlagt.

Für die Erneuerung und Modernisierung des Fahrparkes sowohl für die Straßenreinigung als auch für die Müllabfuhr sind Anschaffungen von 8,5 Millionen Schilling nötig.

Die Gebühren der einzelnen Betriebe sind wirtschaftlich kaum mehr vertretbar und verursachen immer größere Betriebsabgänge. Aus allgemeinen Steuergeldern müssen für hygienische und soziale Einrichtungen unserer Stadt 282 Millionen Schilling gedeckt werden.

Abschließend dankte der Referent allen Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Verwaltungsgruppe für ihre Pflichterfüllung. (Beifall).

Debatte über Öffentliche Einrichtungen

GR. Heller (VO) vertrat die Ansicht, daß es möglich sein müsse, die Wiener Bevölkerung in einem genügenden Ausmaß mit Wasser zu versorgen. Er erkundigte sich nach der Ansicht des Stadtrates über die dritte Wasserleitung und fragte, ob an eine Erhöhung der Wassergebühren gedacht ist, wobei er die höhere Wassergebühr in 23. Bezirk kritisierte, die nicht zum Anlaß für eine allgemeine Erhöhung genommen werden dürfe. Er verwies weiter auf die Behelligung der Siedler am Laaer Berg in Zusammenhang mit der Müllabfuhr durch die Biomüll und forderte Abhilfe. Ebenso forderte er, daß die durch die Müllabfuhr hervorgerufene Belästigung der Bewohner in der Freihofsiedlung und in Bretteldorf in 22. Bezirk abgestellt wird. Schließlich forderte er eine klaglose und rasche Schneesäuberung und kürzere Intervalle bei der Straßenreinigung und Müllabfuhr in den äußeren Bezirken.

GR. Dr. Dkfn. Ebert (ÖVP) verwies auf die Bedeutung einer gut funktionierenden Wasserversorgung, Kanalisation, Schmutz- und Schneeräumung für eine Stadt. Man müsse zur Kenntnis nehmen, daß der Berichterstatter sich überirdischer Hilfe versichern und die himmlische Petrus-Ges.m.b.H. der Gesellschafter Sonne, Regen und Wärme als fleißige Helfer der Gemeinde Wien benützen möchte. Sicherlich wäre aber den Wienern ein besseres irdisches Wirken bei Schnee und Eis lieber.

In Anbetracht der sich immer stärker ausweitenden Stadt, des Baues neuer Wohnhausanlagen und Olympic-Dörfer wäre eine rechtzeitige Planung der Kanalanlagen dringend nötig. Es wäre an der Zeit, neue Firmen zur Anbotsleistung heranzuziehen. Auch der 1. Bezirk ist noch nicht genügend kanalisiert. Die Kanaleinmündungsgebühr sollte neu reguliert werden.

Der Redner kommt sodann auf die Wasserwerke zu sprechen und in diesem Zusammenhang auf die alljährlichen Sparmaßnahmen in Sommer. Er bedauert es, daß durch die Zeitungsmeldungen eine Stimmung geschaffen wird, die der Lage kaum zuträglich ist. Jeder füllt zu Hause alle vorhandenen Gefäße an, um zur ja genügend Wasser zu haben. Dieses Wasser wird aber dann nicht verwendet und muß ungenützt abgelassen werden. Die Presse müßte dahingehend

unterrichtet werden, keine Katastrophemeldungen zu veröffentlichen. Sie dienen der Sache in keiner Weise. Bemühen müsse man sich, den Wasserdruk, besonders in einigen höher gelegenen Bezirken, zu verstärken. Der Redner spricht den Wunsch aus, daß bei einer eventuell gedachten Erhöhung der Wassergebühren die gewerblichen Betriebe in Anbetracht einer gewünschten Preisstabilität keine zusätzlichen Kosten aufgebürdet erhalten.

Er begrüßt den Neubau des Bades am Laaer Berg und die Errichtung von neuen Kinderfreibädern. Wünschenswert wäre die Errichtung eines Hallenbades im 21. Bezirk. Die Schulkinder hätten dann die Möglichkeit, ohne besonderen Zeitverlust schwimmen zu lernen. Auch für die Bevölkerung der angrenzenden Bezirke wäre die Errichtung eines Hallenbades von großen gesundheitlichen Vorteil. Auch im 15. Bezirk wäre die Errichtung eines Bades notwendig.

Die städtischen Wäschereien erfüllen ihre Aufgabe voll und ganz trotz der starken Zunahme an Anstaltswäsche.

Der Redner fordert, in Anbetracht des immer schwieriger werdenden Antransportes und der Lagerung des Mülls, die neue Müllverbrennungsanlage ehestens zu planen. Auf dem Gebiete der Müllabfuhr stellt er das Ersuchen, an den Müllgefäßen und den Einhängenvorrichtungen Geräuschdämpfer aus Kunststoff oder Gummi anzubringen. Die Müllabfuhr erfolgt meistens in den frühen Morgenstunden und vor allem die Nachtarbeiter werden in ihrem Schlaf gestört.

Ein Problem, das der Lösung bedarf, ist die Straßenreinigung, Schneeräumung und Streuung. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Dezentralisierung der Einsatzstellen ein. Vielleicht könnte das Personal auch näher den Arbeitsstätten wohnen, um rechtzeitig einsatzbereit zu sein. Alljährlich ereignen sich durch nicht bestreute Straßen bei Schneefall und Eisglätte viele Unfälle. Der gestreute Sand sollte nach dem Auftauen auch wieder weggeschafft werden, da er erstens wieder verwendet werden könnte und beim Verbleib auf der Straße zu Staub wird. Weitere Wünsche des Redners sind verstärkte Anbringung von Straßentafeln und Verlegung der Bedürfnisanstalten unter die Erde oder daß zumindest die Geruchsbelästigung beseitigt wird.

Er dankt abschließend allen Mitgliedern des Ausschusses VIII für die angenehme, fruchtbringende und fördernde Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Wien. Er wünscht im Namen seiner Fraktion, daß dies auch im nächsten Jahr so bleiben möge. (Beifall).

GR. Heigelmayr (SPÖ) verweist darauf, daß alle Beträge, die in dieser Geschäftsgruppe aufgewendet werden, der Gesundheit der Bevölkerung auf sanitärem und hygienischem Gebiet dienen. Gleichgültig ist dabei, ob es sich um die Straßenreinigung, die Kanalisation, Wasserwerke oder die Bäder handelt. Wenn während der heurigen Budgetberatungen davon gesprochen wurde, daß die Bevölkerung auf das Budget mehr Einfluß haben sollte, muß darauf verwiesen werden, daß der Vorschlag öffentlich zur Einsicht aufgelegt wird und jeder Einsicht nehmen und Einwendungen erheben kann. Außerdem wird der Vorschlag in öffentlicher Sitzung verhandelt.

Die 33 Millionen Schilling, die für Kanalbauten aufgewendet werden können, findet der Redner in Anbetracht der vielen schlechten baufälligen Kanäle als zu gering. Sicherlich wird man im Laufe des Jahres Nachtragskredite anfordern müssen.

Die Ansätze für den Fuhrpark tragen zur Arbeitsbeschaffung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei. Mit dem Bau des Bades auf dem Laaer Berg hat die Wiener Stadtverwaltung wieder eine neue Kulturtat gesetzt. Das Bad wird im heurigen Sommer noch der Benützung übergeben werden können. Es kann 6.000 Personen aufnehmen, und verfügt über ein Sportbecken, Wellenbad, Kinderbad, Sonnenbäder, Spiel- und Sportplätze usw. Auch die Errichtung von drei neuen Kinderfreibädern müsse man mit Freude begrüßen.

Von Seiten der Bevölkerung kamen, wie GR. Heigelmayr feststellt, keine Klagen über die Chlorierung des Trinkwassers. Er nimmt an, daß die Wiener durch verschiedene Auslandsurlaube erst daraufgekommen sind, wie gut unser Wiener Wasser ist. Auch der Wasserpreis ist bei uns in Wien niedriger als überall anderswo, egal ob im In- oder Ausland. Die Fachmänner unserer Wasserwerke sind auch ständig bemüht, neue Wassernutzungstellen aufzutreiben. Das gelingt ihnen auch. In den letzten Jahren war der Wasserverbrauch im Winter höher als der Sommerverbrauch früherer Jahre, in denen Wien noch mehr Einwohner hatte. ./.

Der Redner stellt fest, daß es ihm in diesem Zusammenhang dazu drängt, unseren ehemaligen Bürgermeister und späteren Bundespräsidenten Theodor Körner dafür zu danken, daß er den Bau des Großwasserspeichers Neusiedl angeregt hat. Über seine Initiative wurde dieses Bauwerk geplant und geschaffen. Wenn es auch nicht mehr Wasser zubringen wird, wird es doch dazu beitragen, in Not- und Spitzenzeiten einen Ausgleich zu schaffen. Ein größerer Betrag wird dazu notwendig sein, die Wasserrohrleitungen zu erneuern.

Zur Forderung, den Wasserpreis Liesings an Wien anzugleichen, ist zu sagen, daß Verhandlungen darüber mit Niederösterreich gescheitert sind.

Die derzeitige Müllbeseitigung entspricht nicht mehr den modernen Grundsätzen. Deswegen wurden heuer schon zwei Millionen und für 1959 sind 1,5 Millionen Schilling für Vorarbeiten zu einer modernen Müllverbrennungsanlage eingesetzt. Der Redner betont, daß die Anlage staub- und ungeziéferfrei und geruchlos sein werde.

Bei der Straßenreinigung spricht der Redner ebenfalls über das beabsichtigte Parkverbot in Straßen mit Gleisen. Wenn davon 50.000 Kraftfahrer betroffen sind, wie der Touring-Club sagt, so könne er dem entgegenhalten, daß 1,3 Millionen Wiener täglich die öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Er halte deshalb das Verbot für begrüßenswert. Trotzdem müsse man selbstverständlich damit rechnen, daß der Schnee nicht an einem Tag zum Verschwinden gebracht werden kann. Der Redner meint auch, er habe den Eindruck, daß eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Stadtreinigung und den Verkehrsbetrieben notwendig wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Koci dankt in seinem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihren Beitrag und die Unterstützung, die sie seiner Geschäftsgruppe gewährt haben. Er danke auch dem ÖVP-Redner für die Erklärung, daß die Zusammenarbeit im Ausschuß gut gewesen ist. Er werde sich bemühen, diese Zusammenarbeit auch im nächsten Jahr aufrechtzuerhalten.

Der Referent beantwortet dann zusammenfassend die verschiedenen Anfragen, die von den Debattenrednern gestellt worden sind. Wegen der Triestingtal-Wasserleitung habe man ein großzügiges Angebot gemacht, die Wasserleitung zu übernehmen und die Abnehmer mit dem gleichen Tarif wie in Wien zu versorgen. Dies wurde jedoch von Niederösterreich abgelehnt. Es sind nun Verhandlungen im Gange.

Was die Chlorierung des Trinkwassers betrifft, müsse er immer das gleiche sagen: die Beamten des Gesundheitsamtes sind unter keinen Umständen bereit, die Chlorierung aufzugeben, weil sie die Verantwortung nicht übernehmen können.

Die "Biomüll" fällt nicht in seine Geschäftsgruppe, sondern ist ein Betrieb, der der Finanzabteilung untersteht. Die Stadtreinigung liefert nur den Müll dafür. Dem ÖVP-Redner möchte er jedoch sagen, daß die Landwirtschaftskammer an der Erzeugung der Biomüll beteiligt und interessiert ist. Er gebe zu, daß jede Anlage, in der Müll in Kompost umgewandelt wird, für die Umgebung unangenehm ist. Er müsse jedoch fragen: wohin damit? Denn jeder wird das gleiche sagen! Stadtrat Koci versichert jedoch, daß alles getan wurde, um die Belästigung auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Zur Müllverbrennungsanlage bemerkt der Referent, er hoffe im kommenden Jahr mit dem Bau der Anlage beginnen zu können. Er habe die Zustimmung des Finanzreferenten, die notwendigen Mittel erforderlichenfalls durch einen Sonderkredit zugewiesen zu erhalten.

Eine Erhöhung der Wassergebühren und der Gebühr für die Hauskehrtafuhre wäre dringend notwendig.

Die Bemühungen um die Schneeräumung könnte man mit etwas gutem Willen betrachten und, wenn man dazu keinen Beitrag leisten kann, zumindest anerkennen, daß alles geschieht. Man müsse in diesem Zusammenhang den Versuch machen, in den schienenführenden Straßen ein Parkverbot vom 1. Jänner bis 15. März bei Tag und Nacht einzuführen.

Wegen der Lärmbekämpfung bei der Müllabfuhr sind schon seit 1 1/2 Jahren Bemühungen im Gange.

Damit war die Aussprache über das VIII. Hauptstück des Voranschlages beendet.

Bei der Abstimmung wurde den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe einhellig die Zustimmung erteilt.

Vorsitzender GR. Sigmund schließt die Sitzung nach mehr als zehnstündiger Dauer um 19.20 Uhr.

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus werden morgen, Freitag, um 9 Uhr, mit dem Referat des Wohnungsreferenten, Stadtrat Glaserer, über die Ansätze der Geschäftsgruppe IX fortgesetzt.

- - -